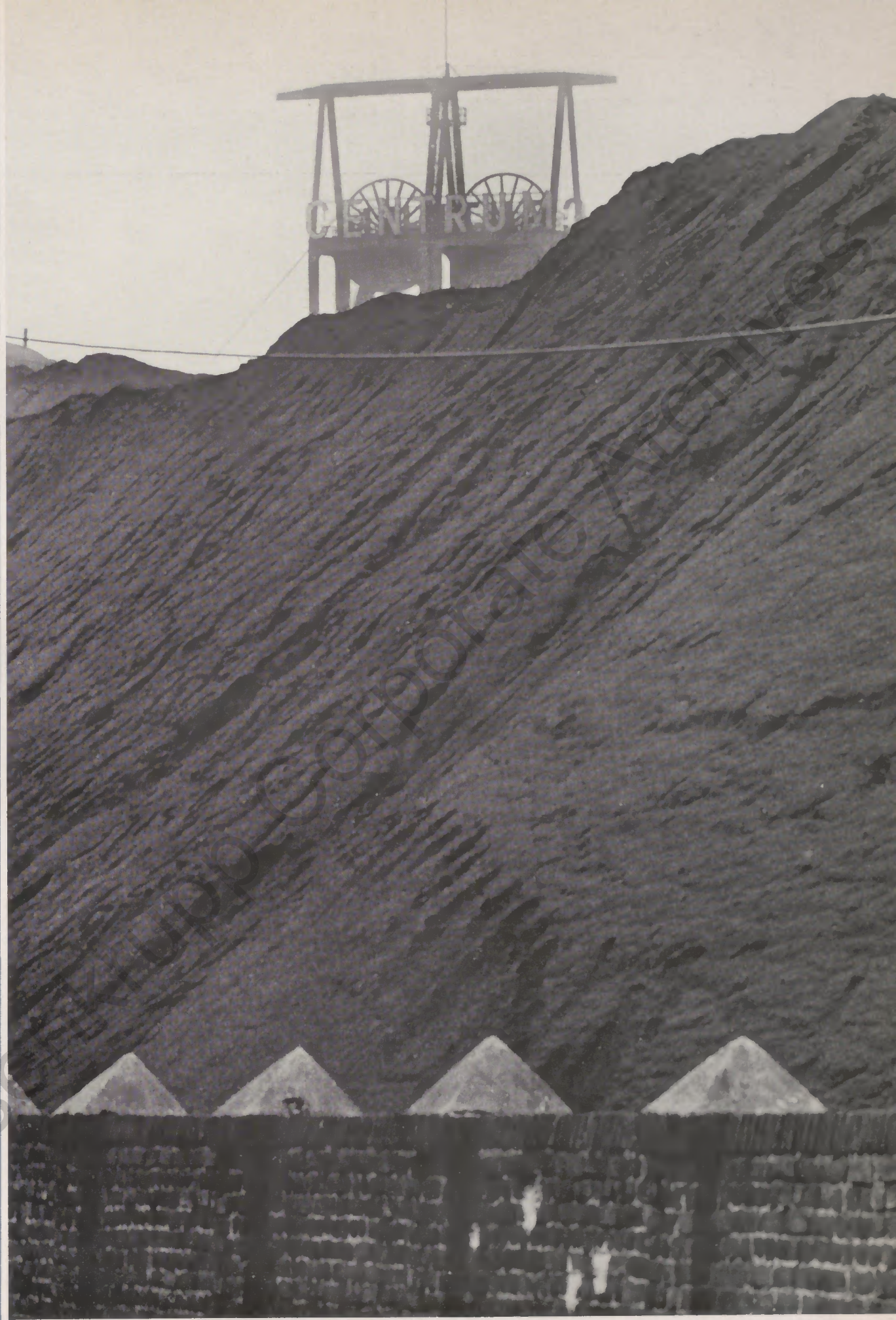




RUHRSTAHL



11

NOVEMBER
1959

Verlagspostamt Witten

Werkzeitschrift

Nur für Betriebsangehörige



Titelfoto:

Die Kohlenkrise

Mitte September lagerten bei den Zechen der Rheinstahl Bergbau AG 440 000 t Kohle und 334 000 t Koks auf Halde. Das entspricht etwa 50 Tagesförderungen, die gegenwärtig praktisch nicht absetzbar sind. Die Rheinstahl-Zechen — Prosper (Arenberg-Gruppe), Centrum/Morgensonne und Brassert — mußten in diesem Jahr bis Mitte September bereits 44 Feierschichten einlegen. Trotz dieser Feierschichten — mit einem Förderausfall von 188 900 t — mußte bislang weiter aufgehaldet werden. Diese Situation zwingt die Rheinstahl Bergbau AG zu Maßnahmen, die auf die Anpassung der Förderung an den Absatz abzielen. In unserem Artikel „Rheinstahl Bergbau: Wachsende Kohlenhalden“ wird hierauf näher eingegangen. — Das Titelfoto zeigt die von Kohlenhalden fast verdeckte Aussicht auf die Schachanlage „Centrum“, Wattenscheid.

Foto: Ahlborn

Rücktitel:

Novemberwetter — Regenwetter

Der November macht es den Wetterfröschen leicht, lassen sich doch „naßkalte Witterung“, „strichweiser Regen“ und „von Westen aufkommende Tiefs“ als typisches Novemberwetter fast ohne Risiko einer Falschmeldung voraussagen. Doch dieser Triumph der Wetterfrösche findet nur wenig Resonanz, weil der Mensch durch jahrhundertelange Erfahrung gewitzt, für den November sowieso Regenwetter erwartet und sich dementsprechend ausrüstet: landläufigstes Requisit ist — wie unser Bild beweist — immer noch der Regenschirm. Doch spärlich ist sein Schutz und wird vollends da zur Farce, wo er mehr nach modischen als nach praktischen Gesichtspunkten konstruiert ist. So bleibt als deprimierendes Fazit, daß wir zwar hinter den Mond sehen können, vor dem traditionellen Novemberschnupfen der Fortschritt aber anscheinend kapituliert hat.

Foto: Ahlborn

Seit sechs Jahren arbeitet Johann Wichert im Kumpelwerk der Henrichshütte, der er seit 1951 angehört. Er ist 1. Mann an einer Kumpelpresse.

In unserem Kumpelwerk, das rund 150 Mitarbeiter beschäftigt, werden Bleche unter dem bis zu 1000 t gehenden Druck hydraulischer Pressen zu Böden in allen Größen und Formen verarbeitet. Kesselböden, Rohrwände, Kühlrahmen, Drehtrommeln und Seilscheibensegmente zählen unter anderem zu den Erzeugnissen dieses Betriebes.

Foto: Ahlborn

Hochofen II wurde angeblasen

Es war eine überaus schlichte Feierstunde, zu der sich die Werksleitung der Henrichshütte mit den Mitarbeitern des Hochofenbetriebes und der am Bau des Hochofens II beteiligten Firmen am 12. Oktober in der Abstichhalle zum Anblasen des neuen Ofens zusammenfanden. Dir. Laermann sprach in seiner kurzen Einweihungsrede von einem Grund zur Freude für Hütte und Belegschaft. Er verwies aber auch darauf, daß der Ofen II ursprünglich bereits vor einem Jahr in Betrieb genommen werden sollte, aber infolge des bekannten Konjunktur einbruchs das Anblasen hinausgeschoben werden mußte. „Auch heute, am Tag des Anblasens, ist der Stahleisenmarkt hinsichtlich des Absatzes und der Preise noch unbefriedigend“, führte der technische Werksleiter der Henrichshütte weiter aus. „Trotzdem haben wir auf die alte Tradition der Hüttenleute, das Anblasen eines Hochofens mit einer Feierstunde zu begleiten, nicht verzichtet. Für die Ruhrstahl erhält diese alte Tradition noch dadurch eine besondere Bedeutung, weil wir morgen den 105. Geburtstag der Henrichshütte begehen können, den Tag also, an dem vor 105 Jahren die Konzession zur Errichtung einer Eisenhütte erteilt wurde...“ Mit einem dreifachen „Glückauf“ übergab Dir. Laermann den Ofen mit den besten Wünschen dem Chef des Hochofenbetriebes, Obering. Hupfer, der die Fackel zum Anblasen an den Ofen legte.

Es ist für die Beteiligten stets ein erregendes Ereignis, wenn eine große neue Anlage in Betrieb genommen wird (siehe Seite 16/17). Es ist aber nicht nur für die Erbauer ein Ereignis von besonderem Rang, sondern auch für jene, die von Stund an die Verantwortung für die neue Anlage übernehmen sollen. Für die Erbauer ist die Einweihung der Zeitpunkt, an dem sie symbolisch den Lohn für ihre Arbeit ernten: das bisher leblose Gebilde aus Stahl und Mauersteinen beginnt zu leben, wird Glied eines Produktionsprozesses. Mit dem Augenblick, da sie die Anlage der künftigen Mannschaft übergeben, lösen sie aber ihre inneren Bindungen zu der Maschinerie, die ihr Geist ersann und die sie in monatelanger Arbeit Stück um Stück zu einer funktionsfähigen Einheit zusammenbauten. Nun ergreift die Mannschaft Besitz von dem stählernen Ungetüm, dessen komplizierte Mechanik sie nicht nur erfassen, sondern beherrschen muß, für deren Funktionieren sie künftig die Verantwortung trägt. Eine Einweihung ist also für die einen Abschied, für die anderen Beginn; es ist wie eine Art Wachablösung.

*

In den seit dem Anblasen vergangenen Wochen hat der neue Ofen bereits mehr als 30 000 t Roheisen erschmolzen. Die Männer am Ofen II dürfen stolz sein auf ihren Arbeitsplatz, der zur Zeit der modernste auf der Hütte ist. Viele von ihnen haben aber Mitte April das Ende der letzten Ofenreise des Hochofens I mitgemacht. Damals war ihre Stimmung auf Moll gestimmt, denn war der Ofen auch schon fünf Jahrzehnte alt, so war er ihnen doch lieb und vertraut. Es war „ihr“ Ofen, den erkalten zu sehen einem echten Hochöfner irgendwie ans Herz greifen mußte.

Aber damals herrschte bei den Hochöfnern auch noch aus anderem Grund eine bedrückte Stimmung: Der Roheisenabsatz stockte, die gedrosselte Stahlproduktion wirkte sich auch auf den Hochofen aus; man produzierte auf Lager. Während der Ofen I seine letzte Schicht verfuhr und der Ofen III immer noch mehr Roheisen erzeugte als die Hütte verbrauchen oder absetzen konnte, stand der Ofen II schon einsatzbereit, wurde aber noch nicht angeblasen.

*

Der Bau des Ofens II war Anfang 1957 im Hinblick auf die zu erwartende weitere Steigerung des Roheisenbedarfs der vollbeschäftigten Wirtschaft begonnen worden. Es fehlte aber nicht an kritischen Stimmen, als die Stahlflaute Anfang 1958 manches Neubauprojekt in der Stahlindustrie in Frage stellte. Rheinstahl, unsere Muttergesellschaft, befürwortete jedoch in jenen kritischen Monaten im Einklang mit unserem Vorstand den Weiterbau des Hochofens.

Und man hatte richtig gehandelt, denn die Skeptiker sollten nicht recht behalten. Die langfristige Eisen- und Stahlbedarfsvorausschätzung, aufgestellt von der Hohen Behörde der Montanunion, hat sich trotz aller Kritik in ihren Grundzügen als zutreffend erwiesen. Daran konnte auch ein kurzfristiger Konjunktur einbruch, wie wir ihn im vergangenen Jahr erlebten, nichts ändern. Der Stahlverbrauch, das wesentliche Kriterium bei der Vorausschätzung künftig benötigter Erzeugungskapazitäten, ist ohne Unterbrechung ständig weitergestiegen und hat damit die Richtigkeit der langfristigen Planungen bestätigt.

*

Der Bau eines neuen Hochofens setzt vielerlei Überlegungen voraus, sowohl technischer als auch finanzieller Art. Doch selbst wenn man glaubt, alles berücksichtigt zu haben, bleiben immer noch Unbekannte im Spiel. Bei aller Vorsicht, die man gerade in der Stahlindustrie heute jeder Neubauplanung zugrunde legt, muß aber auch noch ein Spielraum für das sogenannte unternehmerische Risiko übrigbleiben. Ohne den unternehmerischen Wagemut, ohne eine gewisse Risikofreudigkeit, gäbe es schließlich keinen Wettbewerb, der einer der dynamischsten Triebkräfte der technischen Weiterentwicklung ist. „Wenn ich es nicht wage, wagt es ein anderer.“ Diese Überlegung hat schon bei manchem zögernden Unternehmer den Ausschlag gegeben.

*

Wir wünschen und hoffen, daß der neue Hochofen II nicht nur ein möglichst langes und störungsfreies Leben hat, sondern daß er auch stets ausreichend beschäftigt ist. Doch das mögen fromme Wünsche sein. Die Technik von heute veraltet schneller als die Technik von gestern, und wie rasch eine Hochkonjunktur in eine vorübergehende Flaute umschlagen kann, haben wir erst vor einem Jahr erlebt. Wir haben aber auch feststellen können, daß es sich hierbei nur um eine vorübergehende Erscheinung handelte.

An dieser Stelle möchten wir die Erinnerung an das Jahr 1949 noch einmal auffrischen, an das Jahr, da das Schicksal der Henrichshütte an einem seidenen Faden gegangen hat: Erst das Petersberger Abkommen strich die Henrichshütte von der Demontageliste. Jahre quälender Ungewißheit, ob durch eine Demontage einige tausend Ruhrstahl-Mitarbeiter endgültig ihren Arbeitsplatz verlieren würden, fanden damit ein gutes Ende. In den darauffolgenden zehn Jahren hat sich die Belegschaft der Hütte fast verdreifacht. Die Werksanlagen wurden nicht unwesentlich erweitert, modernisiert und durchrationalisiert. Wir stehen heute wieder auf einem Wellenkamm der Konjunktur. Vergessen wir in solchen Tagen aber nie, daß mit des Schicksals Mächten kein ewiger Bund zu flechten ist.

RUHRSTAHL WERKZEITSCHRIFT

Nr. 11 November 1959

Aus dem Inhalt:	Seite
Portrait der Arbeit: Kumpelwerker	2
Redaktionskommentar: Hochofen II wurde angeblasen	3
Kohlenhalden: Die Bergbaukrise, veranschaulicht am Beispiel der Rheinstahl Bergbau-Zechen	4—7
Annener Gussstahlwerk: Pumpen für Berliner Stadtentwässerung	8/9
Grundsteinlegung für Rheinstahl-Hochhaus	10
Für die Hausfrau: Selbstbedienungsläden	11
Steinkohlenbergbau: Die Strukturkrise	12/13
Presswerke Brackwede: Unerfreuliche Betriebsversammlung	15
Hochofen II: Allzeit gute Fahrt	16/17
Bochumer Schauspielhaus: Von Grillparzer bis Cocteau	18/19
Unfallschutz: Hände in Gift gewaschen	20
Werksarzt: Der heiße Arbeitsplatz	21
Schwerbeschädigten-Versammlung	22

Herausgeber: Ruhrstahl Aktiengesellschaft, Witten

Verantwortlich: Siegfried Westphal, Leiter der
Presse-Abteilung

Redaktion: Dipl.-Volkswirt Heiko Philipp,
Witten-Annen, Stockumer Straße 28, Telefon 69 11
Nebenanschlüsse 74 34/74 32

Fotos: Werkzeitschrift Ahlborn (35); Werksfoto
Henrichshütte (4); Archiv (1); Rheinstahl Bergbau,
Bildstelle (1)

Illustrationen: Siebeck (7)

Klischees: Proll und Kropf, Bochum

Druck: C. Hundt sel. Wwe., Hattingen

Auflage: 15 400

Kostenlose Abgabe an die Betriebsangehörigen

Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion



RHEINSTAHL BERGBAU AG

Wachsende Kohlenhalden

Mitte September lagerten bei den Rheinstahl-Zechen 440 000 t Kohle und 334 000 t Koks auf Halde. Das entspricht rund 50 Tagesförderungen, die gegenwärtig praktisch nicht absetzbar sind. Weitere 102 000 t Koks wurden zwar an die Rheinstahl-Konzernwerke (Werksebstverbrauch) verkauft, doch liegen sie auch dort auf Halde.

Sämtliche Rheinstahl-Zechen mußten in diesem Jahr bis Mitte September bereits 44 Feierschichten einlegen: Prosper I/II 8 (0), Prosper III 8 (0), Brassert 13 (4) und Centrum/Morgensonne 15 (4). Die eingeklammerten Zahlen geben die Feierschichten im gleichen Zeitraum 1958 wieder. Trotz dieser Feierschichten – mit einem Förderausfall von 188 900 t – mußte weiter aufgeholdet werden.

In der Zeit vom 1. Januar bis 31. August 1959 fiel gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres die verwertbare Förderung von 3 332 100 t auf 3 147 650 t, also um 184 460 t (5,54 %). Dieser Förderrückgang entspricht in etwa dem Förderausfall durch die eingelegten Feierschichten.

Die Zunahme der Koksbestände von 282 000 t Anfang April auf 334 000 t Ende August war prozentual höher als diejenige der Ruhr insgesamt, was auf die stärkere Hochofenkoksagerung gegenüber dem Ruhrdurchschnitt zurückzuführen ist. Im allgemeinen ist der Verbrauch der fast ausschließlich im Werksebstverbrauch belieferten Hüttenwerke seit Beginn dieses Jahres erheblich angestiegen, nicht so bei den Gießereien und Stahlwerken im Rheinstahl-Konzern. Dem Ruhrkohlenverkauf war ein Ausgleich nicht möglich, weil die Nachfrage nur sehr gering war und überdies Kundenwünsche hinsichtlich günstiger Frachtlage berücksichtigt werden mußten. Ein Koks mehrbedarf liegt erst seit Mitte Oktober durch das Anblasen des Hochofens II der Heinrichshütte (Ruhrstahl AG) vor. Dadurch wird bis auf weiteres auch der Überhang des derzeitigen Hochofenkoks-anfalls abgesetzt werden können. Bekanntlich ist die Rheinstahl Bergbau-Kokerei mit ihren acht Batterien (etwa 360 Öfen) eine der größten Europas.

Trotz Feierschichten, Einstellungssperre, Entlassungen im kleineren Umfang und Konzentration des Abbaus auf gute Flöze steigen die Halden weiter. Es steigen aber auch die Bergbaukosten. Es sei hier nicht an die in den Halden gebundenen Millionenbeträge gedacht als vielmehr an die laufenden Produktionskosten.

Jede Feierschicht ebenso wie jeder Ruhetag erfordert die Aufrechterhaltung der kostspieligen Energiewirtschaft und eine Besetzung aller neuralgischen Betriebspunkte.

Eine nicht unwesentliche Kostenerrhöhung resultiert aus der Einführung der 5-Tage-Woche (40 Stunden) im Bergbau seit Mai 1959. Zu ihrer Verwirklichung nahm der Kumpel zwar eine Verlängerung der effektiven Arbeitszeit um 30 Minuten (8,33 %) von 7,5 auf 8 Stunden pro Schicht hin; dafür erhielt er aber das Zugeständnis auf weitere 28 Ruhetage. Bisher standen ihm bereits 11 gesetzliche Feiertage und 13 ebenso bezahlte Ruhetage zu. Von den neuen 28 Ruhetagen werden ihm zunächst 20 bezahlt, ab 1. April 1960 weitere 4 und ab 1. Mai 1961 auch die restlichen vier Ruhetage. Rechnet man 261 verbleibende Arbeitstage zuzüglich der 11 gesetzlichen Feiertage, so ergeben sich 272 bezahlte Schichten pro Jahr. Rechnet man nun die weiteren 13 plus 20 zu bezahlenden Ruhetage hinzu, so ergibt sich bis 30. März 1960 eine Lohnsteigerung um 12,13 %. Die zwanzig neuen Ruhetage allein entsprechen einer Lohnsteigerung um 7,35 % je Schicht. Die 1960 und 1961 fällig werdenden je vier Ruhetage erfordern zusammen eine weitere Erhöhung der Lohnkosten um 2,94 %. In einer Zeit, da die Rheinstahl-Zechen ihre Förderung einschränken müssen und die Erträge sinken, müssen sie reine Lohnerhöhungen von insgesamt 10,29 % aufbringen.

Diese Rechnung mußte einmal aufgemacht werden, da immer wieder als Mittel zur Behebung der Absatzkrise eine Senkung der Kohlenpreise gefordert wird. Neben den Aufwendungen zur Mechanisierung und Rationalisierung der Betriebe müssen bei den Forderungen auf „Selbsthilfe“ der Zechen auch diese bereits heute feststehenden zunehmenden Belastungen des Bergbaues mitberücksichtigt werden. Ein Preiswettbewerb der Kohle mit anderen Energieträgern durch Senkung der Kohlenpreise wird bei der derzeitigen Kostenstruktur des Bergbaus nicht möglich sein.

Natürlich wartet der Bergbau und damit auch der Rheinstahl Bergbau nicht untätig auf die Hilfe des Staates. Wohl begrüßt man die längst fällige Initiative der Bundesregierung, dem Bergbau zu helfen. Ob aber eine befristete Heizölsteuer und die Zweckbindung ihres Ertrages zugunsten des Bergbaus diesem nachhaltig aus seinen Schwierigkeiten wird helfen können, wird bezweifelt.

Der westdeutsche Steinkohlenbergbau hat erkannt, daß er sich in einer Strukturkrise befindet und ist nun mit allen Mitteln bestrebt, sich der neuen Lage am Energiemarkt anzupassen. Auch die Rheinstahl-Zechen haben sich in den vergangenen Monaten

Auswirkungen und Maßnahmen zur Behebung der Kohlenkrise beim Rheinstahl Bergbau

Der Vorsitz der Vorstände der Rheinischen Stahlwerke und Aufsichtsratsvorsitz der Rheinstahl Bergbau AG, Generaldirektor Söhngen, sagte auf der Rheinstahl-Hauptversammlung am 17. Juli 1959 über die Kohlenkrise im westdeutschen Steinkohlenbergbau: „Die derzeitige Strukturkrise erfordert in Bälde eine klare Entscheidung über die künftige Energiewirtschaftspolitik und damit über das Schicksal des Bergbaues. Diese Entscheidung ist politischer Natur. Die Bundesregierung wird darzutun haben, wie sie sich die Deckung des Energiebedarfs denkt. Bejaht sie die Frage des uneingeschränkten Energie Wettbewerbs, dann bedeutet das nichts anderes als eine Teilaufgabe heimischer Energiereserven zugunsten der Energieeinfuhr.

Eine derartige Aufgabe heimischer Energiereserven kann nur vermieden werden durch einen Schutz. Dieser kann zwar dazu führen, daß sich die heimischen Energiekosten vorübergehend — ob auf die Dauer, sei dahingestellt — auf einem höheren Niveau bewegen; er garantiert aber gleichzeitig auch die Sicherstellung der Energieversorgung. Zwischen beiden Möglichkeiten ist zu entscheiden . . .“ — Die Bergbaugruppe der Rheinischen Stahlwerke, die Rheinstahl Bergbau AG, deren jährliche Förderleistung bei etwa 5 Mill. t Steinkohle liegt, hat für ihren Bereich bereits gewisse Konsequenzen aus der neuen Lage im westdeutschen Steinkohlenbergbau (vergl. „Ruhrbergbau: Die Strukturkrise“, Seite 12/13) gezogen. Wie Ende August in der Presse verlautete, will die Rheinstahl Bergbau AG ihre Tagesförderung von rund 18 000 t um etwa 1 500 t herabsetzen und damit die Förderung der Absatzlage anpassen. Von den Einschränkungen werden die Rheinstahl-Zechen Prosper (Arenberg) in Bottrop, Centrum in Wattenscheid und Brassert in Marl in ungefähr dem gleichen Umfang betroffen. — Die Ruhrstahl-Werkzeitschrift unterhielt sich mit Direktoren und Betriebsräten der Rheinstahl Bergbau AG, um ihren Lesern über technische, wirtschaftliche und soziale Probleme berichten zu können, denen sich dieses Bergwerksunternehmen — ähnlich wie viele andere im Ruhrgebiet — im Zeichen der Kohlenabsatzkrise gegenübersteht.

über die Möglichkeiten Gedanken gemacht und sind gegenwärtig im Begriff, Maßnahmen einzuleiten oder schon durchzuführen, die zu einer Senkung der Förderung bei möglicher Senkung der Kosten führen sollen: Ab 1. November wird durch Stilllegung des Schachtes Prosper I nicht nur die Förderung, sondern auch die Ein- und Ausfahrt der Bergleute unter Tage über die Schachtanlage Prosper II abgewickelt. Die schon vor etwa zwei Jahren geplante Stilllegung des Übertagebetriebes „Fröhliche Morgensonne“ wird am 1. Januar 1960 durchgeführt, wodurch eine endgültige Konzentration auf die Schachtanlage Centrum erfolgt. Beide Betriebskonzentrationen werden allerdings nur eine geringfügige Einsparung an Bergleuten mit sich bringen.

Seit Mitte 1958 wurde für alle Rheinstahl-Zechen eine Einstellungssperre verfügt; rund 400 Bergleute der Zechen Brassert und Centrum wurden auf Prosper III umgesetzt. Entlassungen wurden nur in kleinerem Umfang durchgeführt. In der Verringerung der Untertagebelegschaft von August 1958 (31. August: 12 196) bis August 1959 um 13,8 % kommt auch die Nichtersetzung sogenannter natürlicher Abgänge zum Ausdruck (Pensionierungen, Invalidität, Tod, eigene Kündigungen).

Darüber hinaus wird eine weitere Rationalisierung und Modernisierung sowohl der Untertage- als auch der Übertageanlagen mit Macht vorangetrieben. Es sei nur an die hochmoderne, stark automatisierte Wäsche auf Prosper II gedacht sowie an den zur Zeit laufenden Bau einer automatischen Förderanlage, ähnlich der auf Prosper III. In Kürze wird auf einer Prosper-Zeche eine automatische Streckenvortriebsmaschine im Auftrag der Hohen Behörde in Luxemburg ausprobiert werden.

Diese und eine Reihe weiterer technischer Maßnahmen laufen darauf hinaus, Kosten zu sparen. Der Senkung der Lohnkosten durch systematische Verringerung der Belegschaft kommt dabei besondere Bedeutung zu. Bekanntlich beträgt der Lohnanteil im Bergbau etwa 57 % der gesamten Kosten.

Nicht vergessen sei der Aufschluß des Grubenfeldes Nordlicht. Da dort die Abbaubedingungen voraussichtlich günstiger sein werden als in bestimmten Feldern der Prosper-Zechen, wird man diese nach Anlaufen der Förderung auf Nordlicht wohl einschränken. Vor Anfang 1961 ist mit der Förderung auf Nordlicht aber nicht zu rechnen.

Der Bau des Kraftwerkes Marl schließlich wird möglicherweise bis Ende nächsten Jahres abgeschlossen sein. Mit der Aufnahme der Energieerzeugung wird vornehmlich die Zeche Brassert ein Großteil ihrer Förderung regelmäßig absetzen können, da sie Energiegrundlage des Kraftwerkes werden soll.

Im Zeichen der Kohlenkrise: Mit dem Wachsen der Kohlenhalden im Ruhrgebiet wuchs auch die Sorge der Bergarbeiter um die Sicherheit ihres Arbeitsplatzes. Die keimende Unruhe fand ihren Ausdruck in mehreren IG-Bergbau-Demonstrationen (oben links)





Die Kohlen stimmen nicht mehr: Nach wie vor ist die Arbeit des Bergmannes unter Tage ungewöhnlich schwer und anstrengend. Aber seitdem das Öl der Kohle das traditionelle Energiemonopol streitig macht, stimmen auch die „Kohlen“ in der Lohntüte der Kumpel nicht mehr. Feierschichten, Umsetzungen oder gar Entlassungen sind Auswirkungen der neuen Situation am Energiemarkt, auf die sich der Bergbau, und damit der Kumpel, einstellen muß



Von August 1958 bis August 1959 sank die monatliche Förderung auf den Rheinstahl-Zechen um 9,9 %, was sowohl auf die 5-Tage-Woche als auch auf den allgemeinen Belegschaftsrückgang zurückzuführen ist. Die Schichtleistung nahm jedoch um 7,8 % zu. Die fördertägliche Förderungszunahme hätte zwar nur 1,6 % betragen sollen, erreichte aber infolge geringerer Fehlschichtenziffern gegenüber 1958 etwa 3 %.

Hieran läßt sich das Dilemma erkennen, dem sich fast alle Bergbau-Unternehmen heute gegenübersehen: Trotz 5-Tage-Woche und Rückgang der Belegschaft werden die hierdurch hervorgerufenen Förderungsrückgänge durch steigende Schichtleistungen zum größten Teil wieder wettgemacht. Wie wir eingangs erwähnten, hat auch die Einlegung von Feierschichten nicht zu einer drastischen Förderungssenkung führen können. Bis sich die eingeleiteten Maßnahmen zur nachhaltigen Senkung der Förderziffern voll auswirken, werden die Halden weiter steigen müssen.

Folgende Übersicht gibt die Leistungsentwicklung auf den Rheinstahl-Zechen bei Einführung der 5-Tage-Woche wieder:

Abschnitt	Leistung Jan.-April	Leistung August 1959	Zunahme absolut	Zunahme in %
Arenberg	1 985	2 023	38	1,9
Brassert	1 569	1 801	232	14,8
Centrum	1 607	1 951	344	21,4
Rheinstahl Bergbau	1 814	1 955	141	7,8

Die niedrigere Leistungszunahme auf den Arenberg-Anlagen (Prosper) ist zum Teil auf tektonischen Störungen, aber auch auf eine Leistungssteigerung um 112 kg im Jahr 1957 (also Vorleistung gegenüber Brassert und Centrum) zurückzuführen. Die Leistungszunahme um 7,8 % entspricht in etwa der durch die Arbeitszeitverlängerung (von 7,5 auf 8 Stunden je Schicht) erwarteten Leistungssteigerung. Übrigens liegen die Rheinstahl-Zechen mit ihrer Leistungssteigerung über dem Ruhrdurchschnitt, und zwar im Mittel um 45 kg.

*

Allgemein ist festzustellen, daß die Leistung (auch unter Berücksichtigung der verlängerten Schichtzeit) stärker gestiegen ist, als es der bisherigen jährlichen Zuwachsrates entspricht, besonders bei Brassert und Centrum. Als Begründung wird angeführt, daß der Einstellungsstopp die Betriebe von jenen Leuten befreit habe, die in den ersten drei bis vier Monaten ihrer Anlernung die Leistung nur drückten. Bummelanten wurde im Zeichen der Kohlenkrise gekündigt. Allgemein ist auch ein Nachlassen der Fehlschichten zu verzeichnen: Viele Bergleute stellen sich aus Sorge um ihren Arbeitsplatz auf die veränderten Verhältnisse um. Daß sich die laufenden Mechanisierungsbestrebungen in diesen Zahlen ebenfalls auswirken, bedarf keiner besonderen Erwähnung.

Nicht nur die Zechenleitungen der Rheinstahl Bergbau AG, sondern auch die Betriebsräte machen sich Sorgen um die Zukunft ihrer Pütts. Durch den Einstellungsstopp ist zwar die im Bergbau gefürchtete Fluktuation, die höchstens 10% der gewonnenen Bergleute ihren Arbeitsplatz behalten ließ, unterbunden. Dafür wandern heute aber auch bei den Rheinstahl-Zechen zahlreiche Bergleute der leistungsstarken Jahrgänge in andere Industriezweige ab.

Auf Gesamt-Betriebsratssitzungen werden die Probleme diskutiert, aber ändern konnten bislang auch die Betriebsräte nicht viel an dieser unerfreulichen, die Wettbewerbsfähigkeit des Bergbaus weiter schwächenden Entwicklung, die zu einer negativen Verschiebung der bislang recht günstigen Alterspyramide der Zechenbelegschaften führen dürfte.

Der Kumpel hat kein Verständnis für die Feierschichten. (Krisenstimmung herrscht stets bei der dritten Feierschicht im Monat!) Er erkennt die Ursachen nicht und sucht naturgemäß nach dem Schuldigen. Zwar hat der Kumpel inzwischen begriffen, daß sich ein Wandel am Energiemarkt vollzieht, aber er sieht nicht ein, warum er so plötzlich kam und erst so spät erkannt wurde. Der Bergmann vermißt eine „einheitliche Lenkung“, die ihm – wie er glaubt – letzten Endes den Arbeitsplatz erhalten würde.

Mit den verschiedensten Maßnahmen versucht man den leistungsfähigen Bergmann an seinem Arbeitsplatz zu halten. Maschinen- und Elektrohauer-Lehrgänge sollen viele von ihnen für besser bezahlte Arbeitsplätze unter Tage qualifizieren. Nicht immer aber ist ein höherer Lohn Anreiz genug für den Kumpel, der im stillen damit rechnet, auf diese Weise nur eine Gnadenfrist zu erhalten, bevor ihm schließlich doch gekündigt wird. Solange nämlich nicht feststeht, welche Zechen im Revier aus Rentabilitätsgründen „dran glauben müssen“, wird die Abkehr auch von den Rheinstahl-Zechen nicht gebremst werden können. Das Problem des bergmännischen Nachwuchses läßt ebenfalls steile Kummerfalten auf den Stirnen sowohl der Zechendirektoren als auch der Betriebsräte entstehen.

Es ist erfreulich festzustellen, daß im großen und ganzen die Zechenleitungen und Betriebsräte bei Rheinstahl Bergbau an einem Strang ziehen. Ruhig und überlegt argumentieren die Betriebsräte, die in den meisten Fällen schon dreißig oder vierzig Jahre im Bergbau tätig sind, obwohl sie manchen Grund hätten, über die Entwicklung mißgestimmt zu sein. Sie haben die undankbare Aufgabe, die Männer vor der Kohle zu beruhigen, bei Umsetzungen oder Kündigungen soziale Härten auszubügeln oder „bergfertigen“ Bergleuten vorzeitige Pensionierung nahezulegen.

*

Wenn Generaldirektor Söhngen eine klare Entscheidung über die künftige Energiewirtschaftspolitik von der Regierung erwartete, so wurde er bislang enttäuscht. Die Heizölsteuer ist eine rein politische Steuer, um die keimende Unruhe an der Ruhr fürs erste zu besänftigen. Ihre volkswirtschaftliche Bewährung steht noch aus. Die Frage, ob ein uneingeschränkter Energiewettbewerb in Bonn nach wie vor für vertretbar gehalten wird, hat mit ihr noch keine Beantwortung gefunden. Wenn der Bergbau fordert, der Staat möge durch geeignete Maßnahmen die heimischen Energiereserven vor der ungezügelten Energieeinfuhr schützen, so ist zweifellos die Heizölsteuer nur eine unter vielen möglichen Maßnahmen. Die Forderung an den Bergbau, sich nach Kräften selbst zu helfen, ist für ihn Verpflichtung, aber er erwartet eine tatkräftige Rückendeckung vom Staat, dem aus mancherlei Gründen ein Gutteil der Schuld an der Lage, in der sich der westdeutsche Bergbau heute befindet, zugeschoben wird.

Rationalisierung heißt die Lösung: Neben einer Anpassung der Förderung an den Absatz ist die Kostensenkung eine der wichtigsten Maßnahmen zur Überwindung der Krise. Da die Lohnkosten einschließlich der Sozialleistungen rund 57% der Bergbaukosten ausmachen, zielen die Rationalisierungsmaßnahmen in hohem Maß auf eine Ersparnis von Arbeitskräften ab. Millionenbeträge wurden und werden weiterhin in die Modernisierung der betrieblichen Anlagen über und unter Tage investiert. Die Rheinstahl Bergbau AG hat in den letzten Jahren im Rahmen eines großzügigen Investitionsprogramms Rationalisierungs- und Modernisierungsmaßnahmen eingeleitet, die sich heute zunehmend auszuwirken beginnen. Wir denken hier etwa an die automatische Skip-Förderanlage auf Prosper II (2. Bild von oben), an die hochmoderne und stark automatisierte Kohlenwäsche auf Prosper III (Bild ganz oben). Auch die Errichtung des 150-MW-Blockkraftwerks in Marl (Bild rechts), dessen Energiegrundlage die Kohleförderung der Rheinstahl-Zeche Brassert sein wird, zeigt, daß man an die Zukunft denkt. Der Kumpel aber diskutiert die neue Lage (2. Bild von unten)



Ruhrpumpen für Berliner Stadtentwässerung

Die Ruhrpumpen GmbH des Annener Gusstahlwerks liefert Pumpen bis zu größten Abmessungen für jeden Zweck und in jeder Ausführung. Wir haben in dieser Zeitschrift schon mehrfach darüber berichtet. Bislang unerwähnt blieben die sogenannten Abwasserpumpen, die von Stadtverwaltungen und Industrieunternehmen zur Entwässerung ihrer Kanalisationssysteme benötigt werden. Anfang 1960 wird voraussichtlich ein neues Gesetz zur Reinerhaltung der Flußläufe und sonstiger Gewässer in Kraft treten. Jedes Gemeinwesen oder Industrieunternehmen, das seine Abwässer in solche sogenannte Vorfluter ableitet, wird sich mit besonderer Sorgfalt der Vorklärung seiner Abwässer widmen müssen. – Vor einigen Monaten wurde von der Ruhrpumpen GmbH eine Kanalradkreiselpumpe für das Pumpwerk IX, Seestraße, an die Berliner Stadtentwässerung geliefert. Inzwischen hat diese Behörde weitere Pumpen bei uns bestellt. Als der Auftrag erteilt wurde, machte man zur Bedingung: Die Pumpen müssen alles schlucken! Unter Berücksichtigung der besonderen Abwasserverhältnisse in Berlin wurde eine robuste Kanalradpumpe konstruiert, die bereits auf der Technischen Messe in Hannover Aufsehen erregte. Einige Daten: Drehzahl $n = 775$ U/min (Dieselmotorantrieb), Drei-kanalrad mit Querschnitten von 160×160 mm, 630 l/Sek. bei einer Gesamtförderhöhe von 54 m WS. Das Kanalrad-Dieselaggregat, das nur 25 % der Bodenfläche der früher üblichen dampfgetriebenen Kolbenpumpen beansprucht, hat sich inzwischen glänzend bewährt: Es läuft nicht nur technisch einwandfrei, sondern schluckt auch wirklich alles. – Man macht sich im allgemeinen keine Gedanken über das für jede Stadt außerordentlich bedeutsame Problem der Entwässerung. Da wir das Thema für interessant halten, hat sich die Ruhrstahl-Werkzeitschrift im Zusammenhang mit der Pumpenlieferung in Berlin darüber eingehend informiert.

Wohin fließt das Abwaschwasser, das Badewasser oder die WC-Spülung? Wer denkt schon darüber nach. Ärger gibt es nur, wenn der Abfluß verstopft ist, wenn sich ein „Abwasserzopf“ aus Seifenresten, Haaren und Schmutzrückständen gebildet hat. Wenn nach einem Wolkenbruch das Wasser gurgelnd in die Rinnsteingullys stürzt, dann ist für uns der Fall erledigt; doch bedauernswert die Stadtverwaltung, die sich die Proteste ihrer Bürger anhören muß, wenn ein Abflußkanal die Wasser nicht mehr fassen kann, die in den Rinnsteinen bedrohlich steigen.

In Groß-Berlin, also Westsektoren und Ostsektor zusammengekommen, leben heute rund 3,5 Mill. Menschen, die jährlich eine Abwassermenge von 215 Mill. cbm verursachen; das entspricht einem täglichen Anfall von etwa 590 000 cbm Abwasser.

Wohin mit dem Abwasser? Die Berliner Stadtentwässerung, eine Behörde mit etwa 1400 Arbeitern und Angestellten und einem

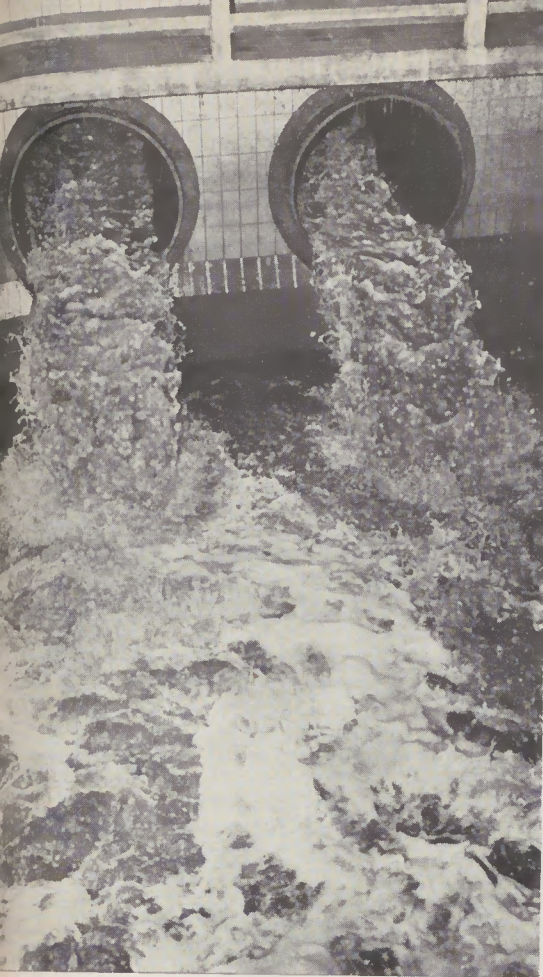
Jahresetat von 56 Mill. DM (davon 35 Mill. DM im Bauhaushalt) weiß zwar darauf die Antwort, doch bleiben Probleme genug, für die auch sie noch nicht die schlüssige Lösung hat.

Wohin mit dem Abwasser? So fragten sich bereits vor hundert Jahren Stadtbaumeister und Ärzte, wenn sie an heißen Tagen wegen des Fäkaliengestanks, der aus den Rinnsteinen der Straßen und den Senkgruben in den Gärten aufstieg, ihre Fenster schließen mußten. Damals wurden erste Überlegungen darüber angestellt, wie die Abwasser mit Hilfe von Rohrleitungssystemen aus dem besiedelten Stadtgebiet in die natürlichen Gewässer geleitet werden könnten. Um 1855 wurden in Berlin, der preußischen Residenz, die ersten Abwasserklosetts in Deutschland überhaupt gebaut und die Fäkalienabfuhr organisiert. Fortschrittliche Hauptstadt.

Um 1860 entwickelte der Stadtbaurat Hobrecht einen Plan, der vorsah, Berlin in zwölf voneinander unabhängige Abwassergebiete mit je einer Pumpstation (Radialsystem) aufzuteilen. Aber erst 1872 schritt man zur Tat. Am Anhalter Bahnhof entstand das erste Pumpwerk. 1876 waren erst 30 km Abflußrohre verlegt, die aber schon 1,2 Mill. cbm Schmutzwasser förderten. 1907 war endlich der Ausbau des Abwassersystems, das im Prinzip heute noch unverändert, aber weiter ausgebaut und natürlich modernisiert besteht, vollendet. Mit der wachsenden Bevölkerungszahl wuchsen die hygienischen Anforderungen: 1878 mußten 4,8 Mill. cbm Abwasser bewältigt werden, 1895 waren es 69,6 Mill. cbm und 1939 wurden bei 4,3 Mill. Einwohnern 225 Mill. cbm Abwasser auf die Berlin umgebenden Rieselfelder gepumpt: Kehrseite der zivilisatorischen und industriellen Entwicklung einer Großstadt.

*

Doch mit dem Bau von 6200 km Entwässerungskanälen, 745 km Druckrohrleitungen der verschiedenen Durchmesser und 93 Abwasserpumpwerken (heutiger Stand für Groß-Berlin) war es nicht getan, denn die Schmutzwasser mußten schließlich irgendwohin geleitet werden. Aus hygienischen Gründen war es unmöglich, die von Jahr zu Jahr steigenden Abwassermengen ungeklärt in die Flüsse und Seen in und bei Berlin zu leiten. Seuchen wären die Folge gewesen. Man bediente sich deshalb zur Reinigung und Klärung der Abwasser eines natürlichen Hilfsmittels, des sandigen Bodens. Im Lauf der Jahre legte man rund um Berlin zwanzig Rieselfelder mit rund 23 000 ha Rieselgutgelände an, das landwirtschaftlich genutzt wurde. Etwa 16 000 ha dieses Geländes liegen außerhalb der Berliner Stadtgrenze.



Die Klärung der Abwasser, die in bis zu 30 km langen Druckrohrleitungen von den Pumpstationen den Rieselfeldern zugeleitet werden und zunächst in Absetzbecken gelangen, geschieht im Prinzip mittels Bodenfiltration und biologischer Aufbereitung durch Bodenbakterien. Rund 16 000 km in den Boden der Rieselfelder verlegte Drainageleitungen führen die Abwasser im Verlauf des Monate dauernden Reinigungsprozesses schließlich geklärt und sauber in die Vorfluter, etwa die Spree oder Havel.

*

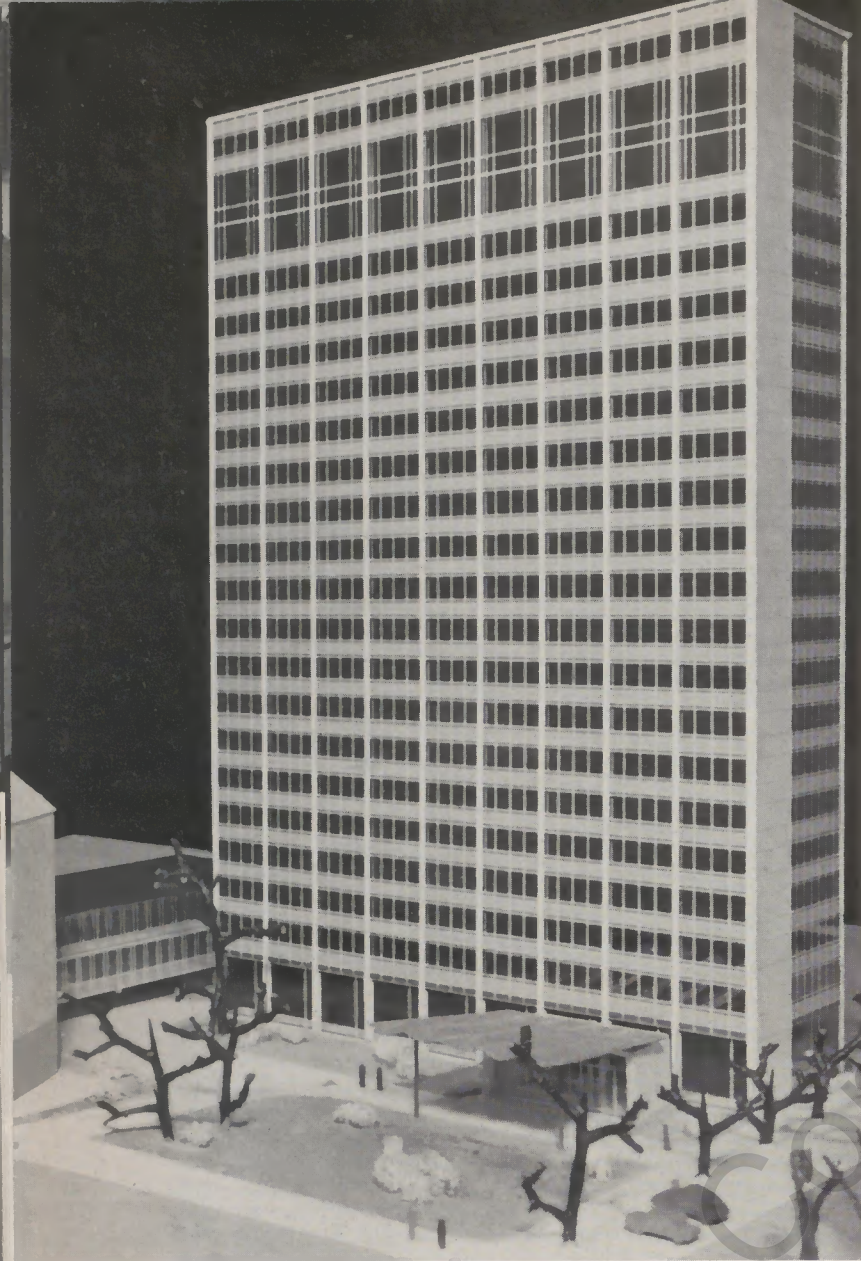
Berlin ist geteilt. Die politische Trennungslinie, die Sektorengrenze, zerschneidet auch das Abwassersystem. Die außerhalb der Stadtgrenze liegenden Rieselfelder sind bereits „Ostzone“. Dennoch besteht noch eine Vereinbarung, derzufolge der größte Teil der Westberliner Abwasser auf Ostberliner und sowjet-

zonale Rieselfelder gepumpt wird – allerdings gegen harte Westmark. Die Abhängigkeit vom guten Willen der Ostberliner Stadtentwässerung, aber auch die fast völlige Erschöpfung der Reinigungsfähigkeit der zum Teil schon achtzig Jahre betriebenen, ausgelaugten Rieselfelder, hat in Westberlin zur Planung von drei Großklärwerken geführt, die an Stelle der Rieselfelder die Abwassermengen aufnehmen, klären, aufbereiten und schließlich an die Vorfluter abgeben sollen. Bereits vor rund dreißig Jahren wurden im heutigen Ostberlin, in Stahnsdorf und Waßmannsdorf zwei Kläranlagen gebaut, die Vorbild wurden für zahlreiche Kläranlagen im übrigen Deutschland. Sie sind heute noch in Betrieb.

Auf der einstigen Trabrennbahn in Berlin-Ruhleben, nahe der Spree, entsteht gegenwärtig Westberlins erstes Großklärwerk
(Lesen Sie bitte weiter auf Seite 22)

Der Abwasser-Kreislauf: Der Weg des Abwassers zu den Klärteichen der Rieselfelder (Bild rechts oben Mitte) oder in Zukunft zu den Faultürmen (Bild ganz rechts oben) der die erschöpften Rieselfelder ablösenden Klärwerke führt stets über Pumpstationen. Zuvor fließen die Abwasser in sogenannten Hauptsammelröhren (Bild rechts) zusammen und fließen mit natürlichem Gefälle in einem viele Kilometer langen Kanalsystem in die Sammelbecken der Pumpstationen (Bild oben). Deren Aufgabe ist es, das in ihrem Abwassergebiet angefallene Abwasser den Rieselfeldern oder Klärwerken zuzuführen. Monströs und verhältnismäßig leistungsschwach sind die dampfgetriebenen Pumpen von einst (Bild links) im Vergleich zu den modernen Aggregaten, die wirtschaftlich, raumsparend und leistungsstark sind wie etwa die Kanalradkreispumpe von Ruhrpumpen für das Berliner Pumpwerk IX (oben links)





RHEINSTAHL-KONZERN

Grundsteinlegung für Rheinstahl-Hochhaus



„Nun ans Werk!“ So sprach nach altem Brauch ein Bauhandwerker, nachdem Generaldirektor Söhngen, Vorstandsvorsitzter unserer Muttergesellschaft, der Rheinischen Stahlwerke, am Vormittag des 6. Oktober mit drei Hammerschlägen die Grundsteinlegung des neuen Verwaltungsgebäudes symbolisch angedeutet hatte. In einer kurzen Rede vor den Rheinstahl-Mitarbeitern und Ehrengästen hatte Gen.-Dir. Söhngen besonders auf die Notwendigkeit eines Verwaltungsbaus für die Rheinischen Stahlwerke hingewiesen: zur Zeit arbeiten nämlich die Mitarbeiter der Konzern-Hauptverwaltung aus Rummangel noch an zahlreichen Punkten in Essen, Düsseldorf, Mülheim und Bottrop. — Am Tage der Grundsteinlegung waren die Fundamente und Keller des von Dipl.-Ing. Kleinwort (Ingenieurbüro Rhein/Ruhr GmbH, Dortmund) in einem Architekten-Wettbewerb preisgekrönten Hochhauses nach zehnmonatiger Bauzeit bereits fertiggestellt. Die Ausführung des Bauvorhabens liegt in Händen von Prof. Dustmann BDA und Dipl.-Ing. Kleinwort.

Stahl, Glas, Beton. Das sind die Elemente, aus denen das neue Rheinstahl-Verwaltungsgebäude in Essen am Bismarckplatz bestehen wird. Modisch-modern in seiner klaren Linienführung, wird sich der 15 Meter breite, 50 Meter lange und 80 Meter hohe gläserne Turm unmittelbar neben den Bahngleisen in die Höhe recken. Hier wird ein Hochhaus gebaut, das der Funktion zu dienen hat: hier werden für über tausend Menschen moderne, arbeitsphysiologisch wie -psychologisch wohldurchdachte Arbeitsplätze geschaffen.

19 Geschosse nur Büroräume; aber die Menschen werden nicht in glasunterteilten Großbüros zu arbeiten haben, sondern zu zweit jeweils ein Büro von durchschnittlich 20 qm beziehen können. Eine Kantine mit 240 Plätzen ist im 20. Geschoß eingeplant. Gleichbleibende Luftfeuchtigkeit und konstante Temperatur werden durch eine Hochdruckklimaanlage erreicht. Dennoch keine „Konservenluft“: Ein ständig in Bewegung gehaltener Luftstrom, an den 1137 Fenstern des Hauses hochgeführt, erneuert kontinuierlich die Luft. Überdies lassen sich die Fenster öffnen, ohne daß das Klimasystem beeinträchtigt wird. Also keine hermetische Abriegelung der Außenwelt. Dem Menschen, was des Menschen ist, auch in den Hochburgen des zwanzigsten Jahrhunderts.

Getragen wird der 21stöckige Mammutbau von einem Stahlbetonkern, der die volle Höhe des Hauses erreichen soll, sowie von einer Stahlskelettkonstruktion. Der Betonkern, der die horizontalen Windkräfte auffangen soll, wird gleichzeitig eine weitere wichtige Funktion übernehmen: In ihm wird geschlossen die Aufzuggruppe untergebracht, die den innerbetrieblichen Vertikalverkehr übernehmen muß. Hierzu stehen zur Verfügung: vier Personenschnellaufzüge für je 18 Personen, ein Expresaufzug und ein kombinierter Lasten- und Personenaufzug. Für die Akten sind besondere Aktenaufzüge vorgesehen.

Unter die Erde verlegt — in zwei Kellergeschosse — sind die technischen Anlagen: Die Zentralen für die sanitäre Installation, die Lüftungs- und Klimaanlagen, die Hochspannungs- und Umformerstation, das Notstromaggregat sowie die dazugehörigen Schalt- und Steuereinrichtungen. Besonders qualifizierte Fachleute unter der Leitung eines Hausingenieurs werden dieses technische Wunderwerk in ständiger Betriebsbereitschaft halten.

Beheizt wird der Gebäudekomplex durch ein Blockheizwerk auf Koksbasis, wobei daran gedacht ist, die Verwaltungsgebäude anderer in der Nähe gelegener Unternehmen an dieses Heizungssystem anzuschließen. Es lag nahe, daß sich ein Unternehmen wie die Rheinischen Stahlwerke, deren Konzernaufbau auf der Kohle gegründet ist, nicht für Öl als Heizmaterial entscheiden würde.

Wenn das neue Rheinstahl-Haus 1961 bezogen wird, hat Essen das erste wirkliche Hochhaus. Ein neuer Akzent wird das Stadtbild beleben, bald verstärkt durch geplante Hochbauten der RWE und des Postscheckamtes.

Stahl wird die architektonische Dominante des Rheinstahl-Hauses sein: Die tragenden Stahlstützen, die aufgehängte Stahlfassade und die Fensterrahmen werden aus korrosionsfestem, rostfreiem Stahl gefertigt. Die Leistungsfähigkeit der zu den Rheinischen Stahlwerken gehörenden großen Stahlbauunternehmen wird hier sichtbar in den Dienst der Muttergesellschaft gestellt. Brüstungen und Wandscheiben werden mit Natursteinplatten (Quarzitstein) verkleidet.

Ein in der Linienführung imponierend schlichter und in seiner Funktionalität eindrucksvoller Hochbau entsteht im Herzen der Ruhrmetropole Essen. Noch werden fast zwei Jahre vergehen, bis seine weithin sichtbaren riesigen Fensterfronten — erleuchtet durch innen an den Fenstern entlanggeführte Lichtbänder — das abendliche Dunkel erhellen werden. Dann erst wird Rheinstahl auch für die Bevölkerung sichtbar in Essen wirklich „daheim“ sein.

Frisch ans Werk: Mit drei Hammerschlägen beendete Generaldirektor Söhngen (Bild links Mitte) die Grundsteinlegung zum Bau des Rheinstahl-Hochhauses in Essen (unser Modellbild oben)

Selbstbedienung hat sich durchgesetzt

Am 28. August waren 20 Jahre vergangen, seit wir in allen deutschen Tageszeitungen eine Notiz lesen mußten, die die Einführung einer Maßnahme anzeigte, an die wir alle nur mit Schrecken zurückdenken können. Die Notiz, lakonisch kurz, wie es damals üblich war, lautete: „Um eine gerechte Verteilung lebenswichtiger Verbrauchsgüter an alle Verbraucher sicherzustellen, ist für gewisse Lebensmittel, Seife, Hausbrandkohle sowie lebenswichtige Spinn- und Schuhwaren eine allgemeine Bezugscheinpflicht eingeführt worden.“ 133 Zuteilungsperioden schlossen sich an; die Rationen, anfangs noch erträglich, sanken schließlich auf Mengen ab, die zu wenig zum Leben und zu viel zum Sterben waren. Daran wollen wir uns angesichts des nun schon seit Jahren bei uns wieder überaus reichhaltigen Verbrauchsgüterangebots erinnern – nur einen Augenblick –, bevor wir uns einem Thema zuwenden, das einer Beschreibung des Schlaraffenlandes zu ähneln scheint, dem System der Selbstbedienungsläden.

Wo immer Neubaublocks, wo neue Siedlungen entstehen, Heimstätten für Tausende von Menschen, da wachsen auch die Ladengeschäfte aller Branchen wie Pilze aus dem Boden. Die Versorgung der Bevölkerung mit Verbrauchsgütern des täglichen Bedarfs, also vor allem mit Lebensmitteln, ist gesichert.

Läden voller Licht und Hygiene, mit chromglitzernden Regalen ausgestattet, appetitlich weißgekleidetes Personal, Tütenstapel, Büchsenpyramiden, sorgsam geschichtete Pakete, alles bunt, wer-

bend, übersichtlich, klarsichtig, wohlgeordnet. Drahtkörbe und Korbwägelchen nehmen die Waren auf, die die Hausfrauen bei ihrem Rundgang von den Regalen fast im Vorübergehen herunternehmen. Flinke Finger addieren auf elektrischen Maschinen die Preise zusammen, die sich auf Papierschlangen gedruckt nicht selten zu Kolonnen formieren, die manche Hausfrau ein wenig erleichen lassen: soviel hatte man ja gar nicht kaufen wollen.



Es ist noch gar nicht lange her . . .

Bis vor nicht allzu langer Zeit ging die Hausfrau mit einem Zettel bewaffnet zum Krämer „um die Ecke“. Betulich füllte er aus großen Schubladen Mehl, Reis, Zucker oder Erbsen in Tüten; nicht selten wurde der Hering noch aus der Tonne genommen, und Käse, vielerlei Sorten, duftete unter einer Glasglocke still vor sich hin, während die würzigen Wurstwaren ihre Schnittflächen neugierig gegen gläserne Trennwände preßten. Die hölzernen Regale wurden von Glasdosen, Konservbüchsen, Zuckerhüten und Waschlupfen gesäumt, und für die Kleinen, die Mutti zum Kaufmann begleiteten, gab es Bonbons aus dem griffbereiten Glasbehälter. Wer erinnert sich nicht an diese Verkaufs-idylle, die man auch heute noch in einzelnen Exemplaren in Städten, häufiger noch auf dem Lande antrifft. Es duftete nach Spezereien, Kaffee, Kernseife und Hering. Exotische Bilder auf Kaffee- und Teedosen ließen die Phantasie Halbwüchsiger in ferne Länder schweifen.

Die Lebensmittel-, Feinkost- und Delikatessengeschäfte der Vorkriegszeit waren eine Welt für sich. Sie atmeten Friedlichkeit und bescheidenen Wohlstand. Der Prinzipal mit Frau und Tochter stand selbst hinter dem Ladentisch; er kannte jeden Kunden beim Namen. Man kaufte, schwatzte und nahm sich Zeit. Die übliche Frage: „Darf es noch etwas sein?“ wurde nicht unwirsch beiseite geschoben, sondern sorgfältig erwogen.

Krieg und Nachkriegszeit waren dem Lebensmitteleinzelhändler alten Stils nicht günstig, wurde er doch durch das knappe Warenangebot und die genau zugemessenen Rationen zu einem Lebensmittelverteiler degradiert. Mit der Währungsreform wurde es dann besser, vollends aber erst mit der Aufhebung der Lebensmittelrationierung. Kaum begann sich aber der Lebensmittelhändler nach der Währungsreform nach althergebrachten Methoden wieder zu etablieren, da kam aus der neuen Welt ein Zauberwort zu uns herüber, das angeblich das Sesam-öffne-dich für die Geldbörse der Hausfrau sein sollte: Selbstbedienung.

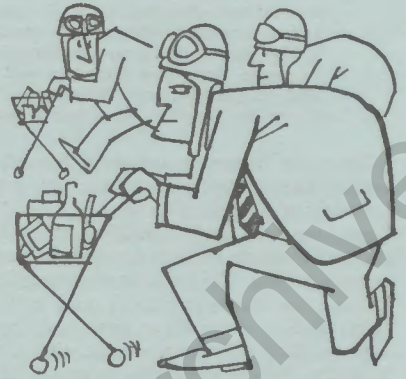
Großer Umsatz – kleiner Nutzen . . .

Früh schon hatte man, zumal in den großen Städten Nordamerikas, eingesehen, daß das individuelle Verkaufssystem des Einzelhandels alten Stils, vornehmlich der Lebensmittelbranche, den wachsenden Anforderungen zur Versorgung der zunehmenden Bevölkerung auf die Dauer nicht gewachsen war. Woolworth mit seinen basarähnlichen Kaufhäusern, in denen man zu besonders niedrigen Preisen fast alle Dinge des täglichen Bedarfs kaufen

konnte, gab vor über fünfzig Jahren den Anstoß, neue, wirksamere Verkaufsmethoden zu ersinnen, als sie bis dahin üblich waren. Das Geheimnis des Erfolges des Kaufhauskönigs Woolworth lag darin, bei geringen Gewinnspannen möglichst viel zu verkaufen, also umzusetzen. Die Anwendung des Grundsatzes „Kleinvieh macht auch Mist“ schlug sich bei ihm zu einem Millionenvermögen nieder.

Die Anwendung der Woolworth-Verkaufsregeln mußten sich doch auch auf den Lebensmittelverkauf übertragen lassen. So mußten eine Generation später smarte Einzelhändler und Verkaufsorganisatoren. Gedacht, getan: Sie richteten Lebensmitteläden so ein, daß der Kunde nicht mehr auf individuelle Bedienung warten mußte, sondern sich bei einem Rundgang durch den Laden unmittelbar über das Warenangebot orientieren und Preis- sowie Qualitätsvergleiche anstellen konnte. Das neue Verkaufssystem, das sich zunächst nur zögernd, dann aber mit um so größerem Erfolg in den Vereinigten Staaten, in England und in den skandinavischen Ländern durchsetzte, bedurfte allerdings zweier Voraussetzungen, die erst allmählich erfüllt werden konnten: Die Lebensmittelindustrie mußte sich darauf einstellen, ihre Waren nicht mehr sackweise en gros an den Einzelhandel zu liefern, sondern die Verpackung in handliche Normgewichte vorzunehmen. Die Kundschaft mußte durch aufklärende Markenwerbung, durch Klarlichtverpackung und Übersichtlichkeit des Sortimentsangebots in die Lage versetzt und daran gewöhnt werden, die gewünschte Ware selbständig zu beurteilen und auszusuchen. Das bedeutete, daß in Zukunft der Kunde weitgehend auf die Einzelberatung durch den Händler verzichten mußte.

Diese, man kann wohl sagen Revolution im Einzelhandelsgewerbe, die sich in den Vereinigten Staaten bereits in der Vorkriegszeit angekündigt und im Krieg – forciert durch Personalmangel – durchgesetzt hatte, traf die deutschen Nachkriegseinzelhändler ziemlich unvorbereitet. Da man allem Neuen zunächst skeptisch gegenübersteht, war die Ablehnung groß, der Vorurteile gab es viele: Die Kundschaft will individuell bedient werden; das neue System einzuführen kostet zu viel Geld; wer garantiert dafür, daß die amerikanische Errungenschaft auch in Deutschland Erfolg hat? So und ähnlich wurde bis vor nicht allzu langer Zeit argumentiert. Einige Beherrzte, vor allem Filialbetriebe und Warenhäuser, rechneten sich die Kostenfaktoren der neuen Verkaufsmethode durch, sie wagten den Kapitaleinsatz – und bewiesen, daß die deutsche Hausfrau eine, wenn auch zunächst ungewohnte, so doch offenbar zweckmäßigere Verkaufsmethode zu akzeptieren bereit war.



Selbstbedienung: Rund 15 000 Läden

Heute ist das System der Selbstbedienung auch in Deutschland populär. Von Jahr zu Jahr stieg die Zahl solcher Läden, in denen die Hausfrau bei ihrem meist alltäglichen Einkaufsgang sich mehr oder weniger selbst überlassen bleibt. Lebensmittelbetriebe, Lebensmittelabteilungen der Kaufhäuser und schließlich Lebensmittelkettengeschäfte waren Schrittmacher der Entwicklung zur Selbst-



bedienung in Westdeutschland. Das Jahr 1958 bezeichnet man als das „Durchbruchjahr“, denn es brachte eine Verdoppelung der bis dahin bestehenden Selbstbedienungsläden bei uns, von denen es heute bereits etwa 15 000 Stück gibt.

Organisation und genaue Planung sind Voraussetzung für den Erfolg eines Selbstbedienungsladens. Zunächst ist der Standort des Ladens bedeutsam, denn da der Warenumsatz groß sein muß, bedingt er eine möglichst hohe Kundenzahl. Es kommt demnach nur eine verkehrsgünstige Lage in Frage, also in Straßen,

(Lesen Sie bitte weiter auf Seite 14)

Seit Februar 1958 stiegen im Raum der Montanunion und besonders im Ruhrgebiet die Haldenbestände der Zechen an unverkaufter Steinkohle und Koks. Mitte Oktober 1959 hatten sie eine Höhe von insgesamt 32,7 Mill. t erreicht. Die Haldenbestände der westdeutschen Zechen allein betrugen zu diesem Zeitpunkt über 17 Mill. t, davon etwa 70 % gegenwärtig praktisch unverkäufliche Feinkohle. Glaubte man anfangs noch, es handle sich hierbei um eine vorübergehende Konjunkturscheinung, so mußte man schon im Laufe des Jahres 1958 und mehr noch in diesem Jahr feststellen, daß die steigenden Kohlenhalden die Folge einer Strukturkrise des westdeutschen Steinkohlenbergbaus sind. Ihre Ursachen und Auswirkungen wollen wir neben den vorgeschlagenen Maßnahmen zu ihrer Überwindung unseren Lesern im folgenden zu erläutern versuchen.

„Der erste Mann in unserem Staat“, das war bis 1957 der Bergmann, dessen Spitzenstellung im westdeutschen Lohngefüge von jedermann gutgeheißen wurde. Die Werber der Zechen zogen über Land, um den Arbeitskräftebedarf der an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit fördernden Bergbauunternehmen annähernd sicherzustellen. Zu Zehntausenden wurden junge Männer aus allen Teilen der Bundesrepublik und selbst aus dem Ausland für die harte Arbeit unter Tage gewonnen und „angelegt“, aber nur jeder zehnte blieb. Geboten wurde eine Dauerstellung mit Spitzenlohn, Prämien, Wohnung und ein ganzes Paket sozialer Leistungen, die das sonst in der Industrie übliche Maß noch übertrifft. Großzügige Lehrlingsprogramme sollen den bergmännischen Nachwuchs sicherstellen. Als 1957 über 133 Mill. t Kohle an der Ruhr gefördert wurden, waren im westdeutschen Bergbau rund eine halbe Million Menschen beschäftigt.

Energieengpaß: Importkohle und Heizöl

Aber die Rekordproduktion vermochte nicht den ständig steigenden Energiebedarf der noch immer expandierenden Wirtschaft zu decken. Kohle aus dem Ausland, vor allem aus den Ländern der Montanunion und aus den USA mußte mithelfen, das drohende Energiedefizit zu decken. Lieferkontrakte über viele Millionen Tonnen Importkohle wurden vornehmlich mit den USA abgeschlossen. Mit der Streichung der Umsatzsteuer auf Heizöl wurde ein Anreiz geschaffen, diesen vom Verbraucher vernachlässigten Energieträger in verstärktem Umfang im Hinblick auf den akuten Kohlenmangel nutzbar zu machen.

Im Jahre 1957 wurde auch das Ergebnis einer Energiebedarfsvoranschätzung für Europa veröffentlicht, die damals größte Beachtung fand. Die Höhe der hierin zum Ausdruck kommenden Zuwachsraten des Energiebedarfs verführte geradezu zu einem „Energiepessimismus“. Nur durch die Mobilisierung aller Reserven glaubte man, dem unvermeidlichen Energieengpaß wirksam

begegnen zu können: Neue Schächte wurden niedergebracht, neue Kohlenfelder erschlossen, viele hundert Millionen für die Modernisierung und Rationalisierung der Bergwerksbetriebe ausgegeben. Die Mineralölindustrie witterte Morgenluft: Sie begann ihre Raffineriekapazität zügig und systematisch auszubauen und Erdölleitungen in die Industriezentren zu legen.

Der erwartete „Energiekuchen“ war dem Anschein nach groß genug für alle.



Abwanderung

„Die Geister, die ich rief ...“

Im Februar 1958 gab es für den Kohlenbergbau eine Überraschung: die Mangelware Kohle ließ sich — zunächst ohne ersichtlichen Grund — nicht mehr restlos verkaufen. Die Überproduktion mußte auf Halde gekippt werden. Noch aber schien es keinen Anlaß zur Sorge zu geben: Kleine Kohlenhalden sind in normalen Zeiten, zumal für den Spitzenausgleich, nicht ungewöhnlich; bei rückläufiger Konjunktur erhöhten sich schon immer die Halden. Die ersten Auswirkungen der sich langsam auch in der Produktion bemerkbar machenden Stahlflaute um die Jahreswende 1957/58, vor allem die Dämpfung einer Anzahl von Hochöfen, bestätigte zunächst die Vermutung der Zechenleitungen: Die Aufhaltung eines noch relativ geringen Teils der Kohlenförderung schien im direkten Zusammenhang mit dem Konjunkturrückgang zu stehen, zumal auch aus anderen Teilen der Wirtschaft über ein Nachlassen der Konjunktur geklagt wurde.

Ruhrbergbau: Die Strukturkrise

Als aber die Kohlenhalden im Verlauf des Jahres 1958 immer kräftiger stiegen, obwohl die Konjunktur in den meisten Wirtschaftsbereichen bereits wieder merklich angezogen hatte, begann man den Grund für die Absatzstockung im Kohlenbergbau woanders zu suchen. Dabei stellte sich dreierlei heraus:

- Im Zuge der industriellen Rationalisierungsbestrebungen zeichnete sich ein deutliches Sinken des spezifischen Kohlenverbrauchs ab.
- Die 1956 und 1957 abgeschlossenen Kohlenimportverträge wirkten sich voll aus und konkurrierten mit der Ruhrkohle, wobei die Importkohle, zum Teil begünstigt durch ungewöhnlich niedrige Frachtraten, besonders in küstennahen Gebieten erhebliche Preisvorteile ausnutzen konnte.
- Am schwersten aber wog wohl die zunehmende Konkurrenz des Heizöls. Der Verbrauch schweren (Industrie) und leichten (Hausbrand) Heizöls hatte sich nämlich nach Fortfall der Umsatzsteuer sprunghaft gesteigert, wobei nicht nur der gegenüber der Kohle günstigere Preis, sondern auch seine Wirtschaftlichkeit und Sauberkeit bei der Eroberung eines Teils des bislang von der Kohle beherrschten Energiemarkts mithalfen.

Allgemein setzte sich nun die Erkenntnis durch, daß man es nicht mit einem Konjunkturproblem zu tun hatte, sondern daß die wachsenden Kohlenhalden sichtbarer und kostspieliger Ausdruck — in ihnen sind gegenwärtig rd. 850 Mill. DM Kapital gebunden — einer Strukturkrise des Bergbaus waren, die anzuerkennen zunächst schwer fiel, denn seit Generationen war der Energiemarkt ein Monopol der Kohle.

Am Anfang: Feierschichten

Die erste Reaktion des Bergbaus auf die unvermindert steigenden Kohlenhalden waren Feierschichten, d. h. mit Hilfe der Verfügung von — unbezahlten — Ruhetagen sollte die Kohlenproduktion gedrosselt werden. Dieser ersten Maßnahme folgte bald eine Einstellungssperre; natürliche Abgänge (Pensionierungen, Tod, eigene Kündigung usw.) wurden nicht mehr ersetzt. Darüber hinaus trennten sich die Zechen von notorischen Bummelanten. Durch diesen „natürlichen“ Belegschaftsabbau erhoffte man einen weiteren Förderrückgang, um das Gleichgewicht von Produktion und Absatz wieder herzustellen.

Die Förderleistung sank jedoch nicht im erhofften Umfang; alle Maßnahmen erwiesen sich als unzureichend: Trotzdem im Laufe des Jahres 1958 die Bergbaubelegschaften um knapp 20 000 Mann verringert wurden, wuchsen die Kohlenhalden im Winter 1958/59 bereits auf über 10 Mill. t an. Auch der Verzicht auf den Abbau unrentabler Kohlenflöze und eine Zunahme der Feierschichten konnten hieran nichts ändern.

Da man im Zustrom der Importkohle auf den westdeutschen Energiemarkt einen wesentlichen Anlaß der Kohlenkrise sah, bemühte sich der Bergbau, den Kohlenhandel dazu zu bewegen, im Interesse der Bevorzugung heimischer Energiequellen den Kohlenimport einzuschränken. Ein Kohleimportzoll sollte ein übriges tun, um die Importkohle abzuwehren. Mehr noch: Mit großen finanziellen Opfern, die sich auf etwa 250 Mill. DM beliefen, löste der Bergbau sogar eine beträchtliche Zahl der Kohlenimportverträge ab. Schließlich rüstete man sich zum Kampf gegen das Heizöl, das in immer größerer Menge in die Absatzmärkte der Kohle eindrang und damit zu ihrem gefährlichsten Widersacher wurde.

Die feindlichen Brüder: Kohle und Öl

Zwar gelang es im ersten Halbjahr 1959, die Kohlenimporte auf 6,4 Mill. t (I. Halbjahr 1958: 8,7 Mill. t) zu senken und das Wachsen der Kohlenhalden durch die sich langsam auswirkenden Fördereinschränkungsmaßnahmen erheblich zu verlangsamen. Doch in diesem — wie wohl auch im kommenden — Jahr wird die westdeutsche Steinkohlenförderung noch erheblich über dem Absatz liegen. Das erklärt sich damit, daß trotz des bereits erheblichen Belegschaftsrückganges — insgesamt fast 60 000 Bergarbeiter — und der Vernachlässigung nicht mehr abbauwürdiger Flöze die in den vergangenen Jahren veranlaßten Investitionen und Rationalisierungsmaßnahmen nun zu Buche schlagen; darüber hinaus hat gerade in den letzten Monaten auch die Schichtleistung unter Tage erheblich zugenommen (im Ruhrdurchschnitt erreicht sie knapp 2000 kg), was sowohl auf intensiveren Maschineneinsatz, vorrangigen Abbau günstiger Flöze, aber auch auf größeren persönlichen Einsatz vieler Bergleute zurückzuführen ist, die um die Sicherheit ihres Arbeitsplatzes besorgt sind.

Als sich im Dezember 1958 Kohle und Öl unter dem sanften Druck des von der Kohle zu Hilfe gerufenen Staates zu einem gemein-

samen Preiskartell (um den Heizölpreis künstlich hochzuhalten) zusammenfanden, war man einen Kompromiß eingegangen, dessen Wirksamkeit von Anfang an in Frage stand. Zudem hatte man die den Preis der großen Mineralölfirmen unterbietenden kleinen Mineralölfirmen und -importeure nicht genügend beachtet, da ihr Anteil am Ölgeschäft noch vor Jahresfrist unerheblich war. Im Laufe dieses Jahres vergrößerte sich dieser allerdings derart rasch, daß im vergangenen August das Kohle-Öl-Kartell an der Preisunterbietung der „Kleinen“ scheiterte: Die großen Mineralölfirmen mußten von Kartellbindungen frei sein, wollten sie nicht wertvolles Terrain an die Kartellaußenreiter verlieren.

Atempause für den Bergbau: Heizölsteuer

Im Bergbau war nun guter Rat teuer. Zwar erklärte die Bundesregierung, durch geeignete Maßnahmen den die Grundlage der heimischen Energieversorgung bildenden Steinkohlenbergbau auch gegenüber den veränderten Konkurrenzverhältnissen auf dem Energiemarkt zu sichern und ihm zu einer nachhaltigen Gesundung zu verhelfen. Auch der Bundesverband der Deutschen Industrie nahm in klarer Sprache Partei für den Bergbau und forderte eine staatliche Energiepolitik, die der Kohle Schutz gewähre. Man wandte sich gegen jede „Verschleuderung von Volksvermögen“



Feierschicht

und gab der Sorge um eventuelle soziale Unruhen im Ruhrgebiet Ausdruck. Andererseits lasse sich das Heizöl aber nicht mehr wegdiskutieren. Deshalb gebiete die volkswirtschaftliche Vernunft, daß eine Lösung des Kohle-Heizöl-Problems über eine Koordinierung angestrebt wird. Man riet also Kohle und Öl, sich wieder an einen Tisch zu setzen.

Zunächst aber wechselten Verhandlungen zwischen der Regierung, dem Unternehmensverband Ruhrbergbau, den Gewerkschaften und den Vertretern der Mineralölfirmen einander ab.

Als sich schließlich die Bundesregierung im September zu einer Heizölsteuer von 30,— DM je Tonne mit Wirkung vom 1. Januar 1960 entschloß, erhob sich zwar bei Ölproduzenten und Verbrauchern wiederum ein Sturm der Entrüstung, der Bergbau aber hoffte, mit Hilfe dieser für drei Jahre vorgesehenen Steuer, deren Aufkommen mit etwa 300 Mill. DM beziffert wird, eine Atempause im Konkurrenzkampf gegen das Heizöl zu erhalten. Sie soll ihm gestatten, etwa 12—15 unrentable Zechen stillzulegen, den Ruhrkohlenverkauf straffer durchzuorganisieren (um die gegenwärtig erbitterte Konkurrenz der Zechen untereinander zu beenden), und um alle sonstigen Probleme zu lösen, die im Zusammenhang mit der Anpassung der Förderung und der Belegschaftsstärke an die effektiven Verkaufsmöglichkeiten der Kohle stehen. Da die Heizölsteuer zweckgebunden sein soll, ist beabsichtigt, mit ihrer Hilfe bestimmte Maßnahmen für Strukturveränderungen im Bergbau zu finanzieren.

Zwar soll die Kohle auch in Zukunft Westdeutschlands Energieträger Nr. 1 bleiben, aber der Absatzmarkt für Kohle ist enger geworden; neue Märkte hinzuzugewinnen ist fast unmöglich. Ob der Straßenbau eine, wenn auch ungewöhnliche Absatzchance bietet, bleibt abzuwarten: In den USA wird zur Zeit — offenbar mit Erfolg — ein Straßenbauverfahren ausprobiert, das auf der Verwendung von Steinkohle basiert. Es ist jedenfalls anzunehmen, daß der Bergbau alles daransetzen wird, durch Ausschöpfung sämtlicher Absatzmöglichkeiten eine vertretbare Förderhöhe zu halten. Wie hoch allerdings die zukünftig absetzbare Fördermenge sein wird, ist noch völlig offen. Es gibt darüber so viele einander widersprechende Meinungen, daß eine Prognose unzuverlässig erscheint.

Schließlich begann das Kohlendilemma mit der Fehleinschätzung — das heißt Überschätzung — der Energiewachstumsrate und der Unterschätzung des Heizöls als bedeutendstem Konkurrenten der Kohle. Noch vor zwei Jahren betrug der westdeutsche Heizölver-

brauch nur 4,5 Mill. t; in diesem Jahr werden es bereits fast 10 Mill. t sein, und selbst unter Berücksichtigung der Heizölsteuer rechnet man für 1961 mit einem Verbrauch von 12,5 Mill. t.

Aber: Wie lange noch und Kohle und Öl werden gemeinsam einen Abwehrkampf gegen einen weiteren Wettbewerber um den Energiemarkt anzufechten haben, gegen das Atom.

Der Kumpel hat Sorgen ...

Inzwischen ist auch dem letzten Kumpel klargeworden, daß der Bergbau das Opfer einer Strukturwandlung in der Energieversorgung geworden ist. blieb ihm auch lange unverständlich, warum die Kohle, bislang begehrte Mangelware, praktisch über Nacht Überschußprodukt geworden ist, so führten ihn die durch Feierschichten schmaler gewordenen Lohntüten, der systematische Abbau der Belegschaft und das Munkeln um die Schließung unrentabler Zechen sowie die praktisch vor seinem Wohnzimmerfenster in den Himmel wachsenden Kohlenhalden zu der Meinung, daß im Bergbau „nicht mehr viel los“ sei.

Wer jung, leistungsfähig und mit Initiative begabt war, sucht sich eine andere Arbeit, die zu finden in der seit Anfang 1959 wieder konjunkturell besonders begünstigten Bundesrepublik nicht schwer fällt. Diese zunehmende Abkehr von leistungsfähigen Bergleuten hat sich inzwischen zu einem der bedrückendsten Probleme für die Zechenleitungen ausgewachsen. Man ist zwar bestrebt, die Belegschaft systematisch zu verringern, doch ist den Zechen alles daran gelegen, gerade die guten Kräfte zu behalten. Bis einschließlich September 1959 hat sich der Belegschaftsstand im westdeutschen Steinkohlenbergbau auf 434 000 Mann vermindert; das sind rund 59 000 weniger als zu Beginn der Bergbaukrise vor anderthalb Jahren. Eine Aufgliederung der Abgänge zeigt, daß 26,7 % der Bergarbeiter selbst gekündigt haben, daß 31,8 % kontraktbrüchig geworden und 12,9 % ohne Angabe der Gründe abgewandert sind. Dieser freiwilligen Abkehr von 71,4 % stehen 18,4 % natürliche Abgänge (Invalidität, Pensionierung, Tod) und 10,2 % Kündigungen durch die Zechen gegenüber.

... aber von Massenarbeitslosigkeit ist keine Rede

Aus diesen Zahlen wird ersichtlich, daß an der Ruhr von einem sozialen „Chaos“ oder gar Massenarbeitslosigkeit keine Rede sein kann. Die Kündigungen der Zechen bewegen sich — bis auf einige Ausnahmen — in verhältnismäßig engen Grenzen, da man in den meisten Fällen mit Umsetzungen oder Verlegung des Arbeitsplatzes von einer Zeche zur anderen auszukommen trachtet. Das soziale Verantwortungsbewußtsein der Zechenleitungen wird im allgemeinen auch von den Arbeitnehmervertretungen anerkannt. Man macht sich gemeinsam Gedanken darüber, wie soziale Härten tunlichst vermieden werden können.

Die abgekehrten Bergarbeiter haben fast sämtlich in anderen Industriezweigen neue Arbeitsplätze finden können. Hierzu einige Zahlen: Mitte Oktober betrug die Zahl der arbeitslosen Bergarbeiter in Nordrhein-Westfalen nur 618, die Zahl aller Arbeitslosen in NRW 57 200. Demgegenüber standen 107 480 unbesetzte Arbeitsplätze. Da oft gerade die besten Arbeitskräfte die vielfach vorläufige Konsequenz aus der ihnen unsicher erscheinenden Lage im Bergbau ziehen, werden hier paradoxerweise in zunehmendem Maße Kräfte gesucht: Die Zechen hatten Mitte Oktober fast 12 400 offene Stellen zu vergeben!



Ölverbrauch: Gestiegen

Bisher: 6 Millionen Feierschichten im Ruhrbergbau

Zweifelloos ist unter den Bergbaubelegschaften eine gewisse Unruhe entstanden, doch die dampfen Trommelwirbel bei den Demonstrationen der IG Bergbau sind nicht ungehörig verhallt: Die Bundesregierung hat für Anfang Dezember eine einmalige Zahlung von 75 Mill. DM an alle noch im Bergbau beschäftigten Kumpel beschlossen. Damit werden für die fünfte und jede weitere zwischen Februar 1958 und September 1959 verfallene Feierschicht im Durchschnitt etwa 70 % des entgangenen Nettolohnes durch einen Ausgleichsbetrag entgolten werden. Überdies ist zwischen

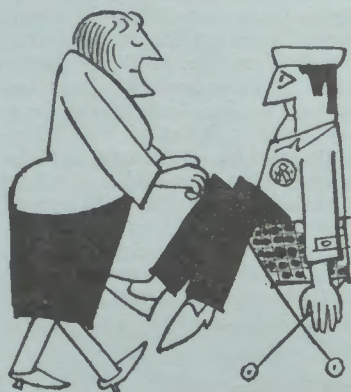
Selbstbedienung hat sich durchgesetzt

(Fortsetzung von Seite 11)

die zum direkten Einzugsgebiet des Stadtkerns zählen und in denen sich bereits zahlreiche Läden anderer Branchen etabliert haben. Allerdings hat sich auch mancher Kaufmann „um die Ecke“ auf Selbstbedienung umgestellt, wenigstens für einen Teil seines Angebots. Auch für ihn lohnt sich in den meisten Fällen das neue Verkaufssystem.

Aber mit der günstigen Lage des Ladens allein ist es noch nicht getan. Es gilt, die Regale und Bedienungsinselfn (etwa für Frischgemüse und Fleischwaren) derart anzuordnen, daß die Kunden ungehindert umhergehen können und keine räumlichen Engpässe entstehen. Sonderangebote müssen so aufgebaut werden, daß jeder Kunde, ob er will oder nicht, sie sehen muß und zum Kaufen animiert wird. „Schlagerpilze“ nennt man solche Verkaufsstände in der Fachsprache, man spricht auch von „Impulsartikeln“, die im Kunden einen Kaufentschluß auslösen sollen. Wehe dem Lebensmittelhändler, der bei der Ausstattung seines Selbstbedienungsladens nicht auf die „tote Zone“ gleich hinter dem Eingang Rücksicht nimmt, denn hier aufgebaute Ware wird nicht genug beachtet und bleibt liegen. Jeder Quadratmeter eines Selbstbedienungsladens setzt erhebliche Investitionen voraus; sie belaufen sich pro Quadratmeter auf etwa 500 Mark zuzüglich 300 Mark Waren-Erstausrüstung.

Klarsichtpackungen und Plastikfolien müssen das Angebot im wahrsten Sinne des Wortes durchsichtig machen, will man die natürliche Skepsis des Käufers, daß ihm vielleicht minderwertige Ware angeboten wird, beseitigen. Das „sprechende Etikett“, der erläuternde Text auf den Tüten und Packungen ersetzt die individuelle Kundenberatung. Die oftmals großflächigen Läden mit trotz der Ordnung verwirrend reichhaltigem Angebot machen es aber notwendig, daß geschultes Aufsichtspersonal unschlüssigen oder nicht orientierten Kunden jede gewünschte Auskunft geben kann. Wichtig für die Orientierung der Kundschaft ist die stets gleichbleibende Placierung der Warengruppen; besonders die Stammkundschaft muß daran gewöhnt werden, das Angebot immer wieder am selben Platz vorzufinden. Das erspart Zeit und bringt die für die Hausfrau angestrebte Erleichterung.



Immer volle Regale

Die laufende Nachfüllung der Regale mit Waren ist ein organisatorisches Problem besonderer Art, und zwar in zweifacher Hinsicht. Um stets gefüllte Regale aufzuweisen, müssen die im Einzelhandel deutlich zu beobachtenden „Stoßzeiten“ berücksichtigt werden. Das Wochenende bringt stets die lebhafteste Verkaufstätigkeit, während der Wochenbeginn sehr ruhig ist. Ihr Verhältnis liegt bei fünf zu eins. Neben der möglichst unauffälligen Nachfüllung der sich leerenden Regale (sie vollzieht sich im allgemeinen vor Geschäftsbeginn bzw. nach Ladenschluß), spielt am Wochenende besonders die Anzahl der Kassentische, ihre Konstruktion, die Besetzung und Placierung eine Rolle. Hier wird noch ständig nach Verbesserungen gesucht, was wohl jede Hausfrau, die sich besonders am Samstagvormittag über die Schlangen an den Kassen ärgert, erfreuen muß.

Immer volle Regale

Aber nicht nur das Auffüllen der Regale bedarf sorgfältiger Überlegungen. Auch am Wochenendgeschäft darf die freie Auswahl der Kundschaft nicht beeinträchtigt werden. So ist ein anderes Organisationsproblem die Anlieferung der Ware. Verhältnismäßig einfach ist dies bei allen trockenen Waren, also nichtverderblichen Lebensmitteln, die fix und fertig in gängigen Verkaufsgewichten abgepackt von den Lebensmittelfabriken angeliefert werden. Schwieriger ist es schon bei der Belieferung mit Frischwaren, etwa Obst, Gemüse oder Fleisch, die möglichst rasch umgeschlagen werden müssen, vornehmlich am Wochenende, da über Sonntag vor allem das Obst verderbt. Zwar ist die Tiefkühltruhe heute schon ein unentbehrliches Einrichtungsglied jedes Selbstbedienungsladens, doch eignet sie sich vorwiegend nur für Fleisch. Der Weg der Ware vom Bauern in die Einkaufstasche der Hausfrau muß zeitlich so rasch zurückgelegt werden können, daß der Kunde das Gefühl hat, direkt beim Bauern gekauft zu haben.

Die „Großen“ und die „Kleinen“

Der Selbstbedienungsladen hat sich in Westdeutschland zweifellos durchgesetzt, und auch die selbstständigen Einzelhändler haben sich nach anfänglichem Sträuben in zunehmendem Maße auf die neue

Verkaufsform umgestellt. 1958 wurden allein von ihnen rund 5350 Selbstbedienungsläden eröffnet; das waren 82 % aller neu hinzugekommenen Läden dieser Art. Die Einzelunternehmen haben damit an der Gesamtzahl der Selbstbedienungsläden einen Anteil von 70 % und am Umsatz von 39 % erreicht. Der Umsatzanteil der Filialbetriebe und Lebensmittelabteilungen der Warenhäuser belief sich im vergangenen Jahr auf 48 %, während der Rest auf die Konsumgenossenschaften entfiel. Aus diesen Zahlen geht hervor, daß die anfängliche Vorherrschaft der „Großen“ zunehmend von den „Kleinen“ durchbrochen wird. Vielfach verbinden sich die „Kleinen“ bereits auf genossenschaftlicher Grundlage zu Gemeinschaften, um gegenüber den finanzstarken Filialbetrieben, Kaufhäusern und Genossenschaften wettbewerbsfähig zu sein.

Die in den letzten Monaten in der Presse veröffentlichten Meldungen über die Errichtung von sogenannten Supermarkets, deren Angebot weit über das Lebensmittelsortiment hinausgeht, haben in Einzelhändlerkreisen, besonders der kleineren selbstständigen Unternehmensgrößen, eine gewisse Beunruhigung hervorgerufen. Man glaubt, einer neuen Konkurrenz ausgesetzt zu werden, der man weder finanziell noch angebotsmäßig etwas Gleichartiges entgegensetzen kann. Vor allem amerikanische und britische Gesellschaften sehen in Deutschland eine Chance, Supermarkets, wie sie in den USA und Großbritannien schon seit längerem üblich sind, zu errichten. Da bislang nur einige westdeutsche Kaufhauskonzerne sich mit einer ähnlichen Absicht tragen, dürfte also der Wettbewerb voraussichtlich auf diesem Sektor noch nicht allzu scharf sein. Es kann angenommen werden, daß diese Projekte vornehmlich in den Vorstädten und Satellitenstädten der sich immer mehr ausdehnenden Großstädte zum Erfolg führen werden, denn in den bereits vom Einzelhandel ausgiebig versorgten Innenstädten fehlt es allein an Baumöglichkeit, abgesehen von der bereits herrschenden Konkurrenz.

Wie in der Technik und Erzeugung ständig neue Verfahren zum Zuge kommen, so ändern sich auch die Methoden der Verteilung der volkswirtschaftlichen Produktion. Der Einzelhändler alten Stils ist auf dem Rückzug. Nicht lange mehr, und auch der kleine Gastwirt wird sich umstellen müssen. Der Selbstbedienungsladen und sein großer Bruder, der Supermarket, sind auf dem Vormarsch. Selbstbedienungsrestaurants, ebenfalls nach angelsächsischem Vorbild, werden in den nächsten Jahren wohl auch überall in Westdeutschland eröffnet werden.

Der Warenhunger der konjunkturgewohnten Bevölkerung kann nur mit modernsten Verkaufsmethoden befriedigt werden. Wer jetzt den Anschluß verpaßt, wird im Wettbewerb nicht bestehen können. Das Schild „Kolonialwaren und Delikatessen“, einst Symbol des modernen denkenden Einzelhändlers, ist von der Zeit überholt. An seine Stelle tritt das Schlagwort „Supermarkt“, zusammengesetzt aus meterhohen Neonbuchstaben.

Ruhrbergbau: Die Strukturkrise

(Fortsetzung von Seite 13)

der Bundesregierung und der Hohen Behörde in Luxemburg ein Rahmenvertrag abgeschlossen worden, der solchen Bergarbeitern finanzielle Hilfe gewährt, die durch die teilweise oder vollständige Stilllegung von Zechen ihren Arbeitsplatz verlieren. Den freierwerbenden Kumpeln soll durch Wartegelder oder Umschulungsbeihilfen und sonstige Sozialmaßnahmen der Übergang zu neuen Arbeitsplätzen erleichtert werden. Man schätzt, daß 60 000 bis 100 000 Bergleute diese Hilfe werden in Anspruch nehmen müssen.

Alle diese Maßnahmen verlangen zweifellos Opfer von den Kumpeln, die seit Beginn der Bergbaukrise bereits 6 Mill. Feierschichten verfahren und Lohneinbußen in Höhe von rund 130 Mill. DM hinnehmen mußte. Der zwar immer schwere, aber auch finanziell reizvolle und bislang sozial sichere Beruf des Bergmanns hat im vergangenen Jahr viel von seiner Anziehungskraft eingebüßt. Das spüren die Zechen bereits heute, denn neben der Abwanderung der Leistungsfähigsten bereitet das Desinteresse der Jugendlichen, den Bergmannsberuf zu erlernen, die größte Sorge: Mitte Oktober waren 9000 Lehrstellen unbesetzt. Aber gerade jetzt, in der Zeit der Umstellung des Bergbaus auf die veränderte Situation am Energiemarkt, brauchen die Zechen die leistungsstarken Bergleute mehr denn je. Ihr Arbeitsplatz ist gesichert. Nicht sie, sondern die alten und vielfach bereits bergkranken Kumpel, die durch Abfindungen und vorzeitige Pensionierung einen gesicherten Lebensabend erhalten sollen, werden von den unvermeidlichen Fördereinschränkungen im Bergbau in erster Linie betroffen.

In Bonn regen sich die Kräfte, um den Bergbau in seinen Bemühungen, sich selbst zu helfen, zu unterstützen. Schon glaubt man im Revier, den legendären Silberstreifen am Horizont zu sehen. Mit wirtschaftlichen Entscheidungen rückt man dem Kohleproblem zu Leibe. Die gute Konjunktur ist eine Chance, die es zu nutzen gilt: Eine Anpassung an den Markt ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt weniger schmerzhaft und sozialpolitisch risikoloser als in einer Periode wirtschaftlicher Stagnation. Das weiß man im Revier, und alle Anzeichen sprechen dafür, daß man auch entsprechend handelt.



PRESSWERKE BRACKWEDE

Eine Betriebs- versammlung

Fotos statt eines Kommentars

Nachdenkliche Gesichter: Vom Teleobjektiv beobachtete Zuhörer der Brackweder Betriebsversammlung am 15. Oktober, die nicht nur einen temperamentvollen – wie in den Presswerken üblich –, sondern diesmal leider auch einen unerfreulichen Verlauf nahm (Bilder oben, rechts und unten)



HOCHOFEN II: Allzeit gute Fahrt



Am 12. Oktober schickte der Chef der Hochofenanlage, Oberingenieur Hupfer, den neuen Hochofen II auf seine erste Ofenreise. Vor dem Entzünden des Ofens hielt er vor seinen auf der Abschiedsbühne versammelten Mitarbeitern eine kurze Ansprache: „Der Bau unseres neuen Ofens ist vollendet, er kann in Betrieb genommen werden. Dieses Ereignis in unserem Werksgeschehen soll aber nicht vorübergehen, ohne daß einige Worte dazu gesagt werden. Wir befinden uns hier auf historischem Boden der Henrichshütte, denn an dieser Stelle ist vor über hundert Jahren der erste Hochofen errichtet worden. Damals war allerdings der Hochofenbetrieb der dominierende Betrieb der Hütte. In der Konzessionierungsurkunde – die übrigens das Datum des 13. Oktober 1854 trägt – war nur von acht Hochöfen, zwei Gießhäusern, zwei Möllern, Gebläse- und Wasserhaltungsgebäuden die Rede, nicht aber von einer Weiterverarbeitung.

Kohle und Eisenerz – beide Materialien wurden in der Nähe gefördert – waren der Anlaß, gerade hier ein Hüttenwerk zu errichten. Freilich sahen die Ofen der damaligen Zeit anders aus als der, den wir heute auf seine erste Reise schicken, aber das Schmelzverfahren war das gleiche. Das Jahr 1900 brachte eine Umwälzung für die Hütte, denn man begann, das Hochofenwerk von Grund auf zu modernisieren: Der erste Hochofen mit Schrägaufzug wurde gebaut; 1904 folgte die Erzbunkeranlage; auch die Möllerei erfuhr eine Änderung. Ein zweiter Ofen neuer Konstruktion kam bald hinzu. Die Henrichshütte wurde zu einem modernen Werk umgestaltet. Das war vor fünfzig Jahren.

Auch heute stehen wir wieder an einer technisch bedingten Wende. Den ersten Schritt sind wir im Begriff zu tun: Der neue Ofen II soll angeblasen werden. Die nächsten Jahre werden uns darüber hinaus weitere bauliche Veränderungen unserer Hochofenanlage bringen. Ich denke an die neue Erzschnitzanlage, Erzbrech- und Klassieranlage sowie eine Sinteranlage. Wir werden dann wieder ein Hochofenwerk haben, das sich wirklich sehen lassen kann. – Der Bau des Hochofens ist abgeschlossen, und dies ist der rechte Moment, allen denjenigen zu danken, die zum Gelingen dieses schönen Bauwerks beigetragen haben. Ebenso wollen und müssen wir dankbar feststellen, daß die Errichtung ohne größere Unfälle verlaufen ist. Wenn wir nun den Ofen seiner Bestimmung übergeben, dann wünschen wir, daß er viele Jahre zum Wohl unserer Henrichshütte, aber auch zum Wohl der Menschen, die durch ihn Arbeit und Brot finden, gutgehen möge. Wir wünschen unserem Ofen gleich einem Schiff, das auf seine große Reise geht: In Gottes Namen allzeit gute Fahrt!“

*

Nach dem Entzünden des Hochofens II mit einer Fackel, als sich vom Abstichloch aus das Feuer in das Innere des Ofens auszuweiten begann, und der Wind durch die Blasformen in den Ofen geblasen wurde, wallten plötzlich dichte Rauchschwaden in die überdachte Abstichhalle. Es war, als müsse sich der kalte



Auf eine gute Ofenreise: Darauf stoßen auf unserem Bild oben (v. l. n. r.) Dir. Laermann, BR-Vorsitzer Hemb, Hochofenchef Hupfer und Planungschef Hilterhaus nach alter Hüttenwerkersitte an. Zuvor hatte Obering. Hupfer eine brennende Fackel zum Anblasen an den Ofen gelegt (Bild oben links). Mit den besten Wünschen übergab Dir. Laermann den neuen Hochofen II Obering. Hupfer (Bild oben rechts), wobei er der Gewißheit Ausdruck gab, daß dieser ihn „wie ein eigenes Kind hegen und pflegen“ werde. Die beiden Bilder rechts sind Reminiszenzen an die Bauzeit des Ofens im Jahre 1957. Das obere Foto entstand zu Beginn der Einschaltungsarbeiten nach dem Verbau der Fundamentgrube mit Moniereisen; das untere Foto zeigt ein Stadium während der Montage des Panzers

Ofen erst an das neue Element gewöhnen, das zu hüten ihm fortan Bestimmung sein wird. Nach wenigen Minuten verzog sich der beißende Qualm, das Feuer fraß sich in den riesigen Holzschichten fest, die ihm die erste Nahrung waren, um es auf immer neues Brennmaterial hungrig zu machen, damit bei etwa 1400 Grad schließlich die erste Schmelze gelinge. Als das Feuer endlich fauchend aus dem Abstichloch schlug, senkte sich die Stopfmaschine nieder und schloß das gierige Element mit Stopfmasse im Ofen ein. Von nun an wird es jahrein, jahraus brennen, angefacht zu hitziger Leistung vom Blaswind, immer neue Nahrung erhaltend durch die Möllerei, zehntausende, hunderttausende, Millionen Tonnen Roheisen erschmelzend.



Zusammen mit dem Hochofen III verfügt die Henrichshütte nun über eine Kapazität von rund 40 000 t Roheisen im Monat, gegenüber nur etwa 20 000 t bisher; der Hochofen I wurde bekanntlich im April stillgelegt und wird gegenwärtig abgerissen. Jetzt besteht wieder die Möglichkeit, neben der Abgabe von flüssigem Roheisen an unser Stahlwerk, gleichzeitig Roheisen mit anderer Analyse für den Verkauf herzustellen. Auch der Bedarf der Hütte an Gichtgas kann nun wieder vollständig gedeckt werden.

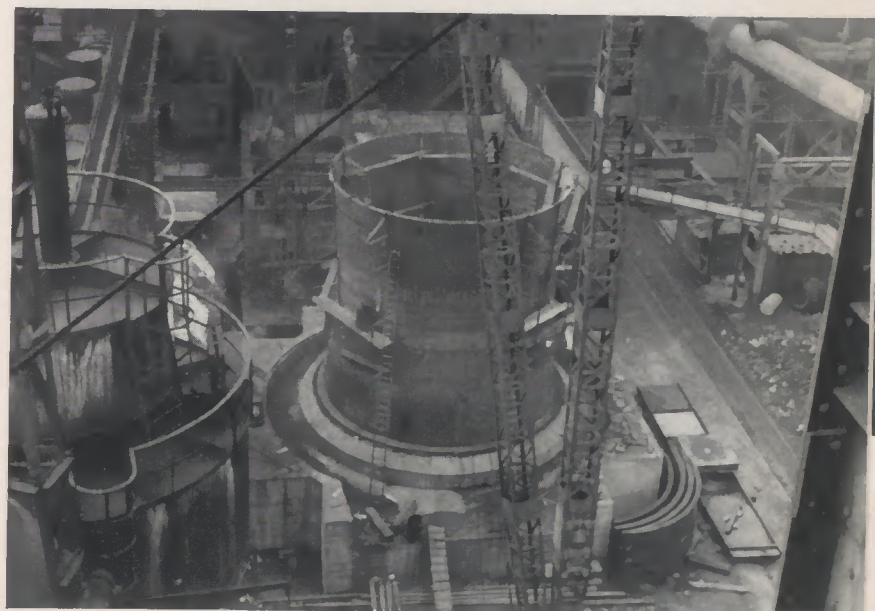
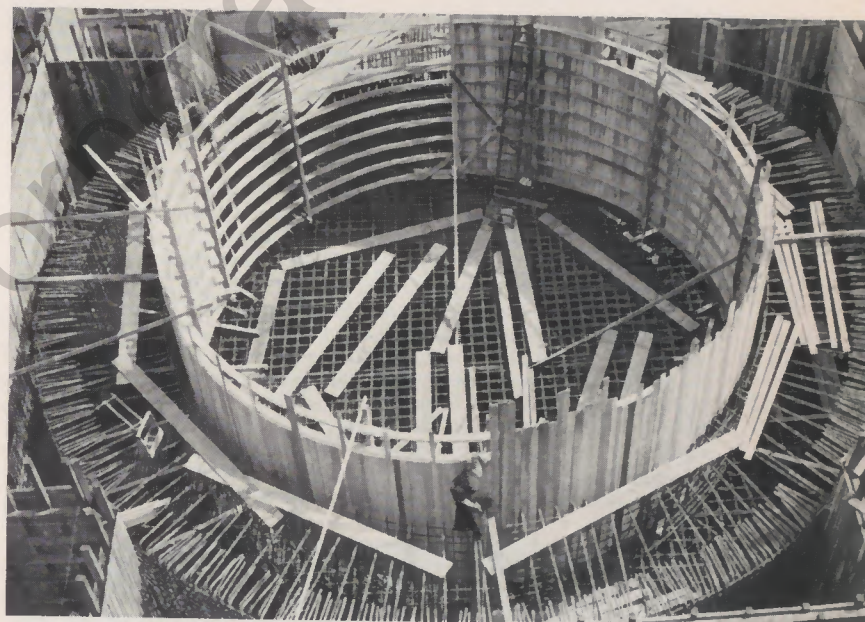
*

Schon äußerlich unterscheiden sich unsere beiden Hochofen durch die Verschiedenheit ihrer Gerüste. Während der Ofen III noch in der alten Gitterkonstruktion gebaut wurde, zeigt der Ofen II die moderne Kastenkonstruktion; die Abmessungen des Innenraums beider Ofen sind einander gleich, das heißt der Durchmesser des Gestelles beträgt jeweils 6 m, der des Kohlen-sacks 7,5 m, und auch der Gichtdurchmesser ist bei beiden Ofen 5,8 m. Ihre lichte Höhe liegt bei 25 m.

Der wesentliche Unterschied des neuen zum alten – 1951 umgebauten – Ofen besteht in der erheblich vervollkommenen Bedienungstechnik. So können zum Beispiel die Winderhitzer des Ofens II durch einfaches Umlegen eines Schalters von der Blas- auf die Heizperiode umgestellt werden. Die Temperatur des Blaswindes läßt sich auf absolut gleichbleibende Höhe einstellen. Alle Vorgänge, die am neuen Ofen gemessen werden müssen, werden nun gleichzeitig durch Diagrammschreiber registriert. Akustische und optische Signale werden auf jede Unregelmäßigkeit im Schmelzprozeß aufmerksam machen. Jede technische Einzelheit dieses stählernen Wunderwerks entspricht dem neuesten Stand der Hochofentechnik. Durch Einbau eines Trichterdrehs mit verschiedenen Drehwinkleinstellungen am Gichtverschluß wird der unerläßlichen gleichmäßigen Begichtung Rechnung getragen. Auch die Staubsammler und Wirbler zwischen Ofen und Rohgasleitung wurden neu durchkonstruiert; vor allem sind sicher zu bedienende Trennschieber eingebaut worden. In der Gießhalle erleichtert ein Elektrolaufkran, zumal bei Betriebsstörungen, die noch immer schwere körperliche Arbeit der Ofenmannschaft.

Mit der Inbetriebnahme des Hochofens II, der täglich etwa 800 t Roheisen erzeugt, ist der erste Schritt zu einer durchgreifenden Modernisierung unserer Hochofenanlage getan. Im gegenwärtig laufenden Abschnitt des Neubauprogramms der Henrichshütte entstehen bekanntlich zur Zeit eine Erzumschlaganlage, eine Erz-, Brech- und Siebanlage sowie eine Bandsinteranlage. Die Bauarbeiten werden etwa zwei Jahre in Anspruch nehmen. Nach ihrem Abschluß wird die Hochofenanlage der Henrichshütte auch in wirtschaftlicher Hinsicht allen Anforderungen, die an einen neuzeitlichen Betrieb gestellt werden, gerecht werden können.

Dipl.-Ing. Hupfer, Henrichshütte





Bis Ende Oktober gingen vier Premieren über die Bretter der Bochumer Schauspielbühne. Die Akzente lagen bei Grillparzers „Des Meeres und der Liebe Wellen“, einem Stück, das sprachlich der deutschen Klassik zuzurechnen ist, und Cocteaus „Bacchus“, einer Tragikomödie, deren Thematik aus der Reformationszeit bezogen ist, die aber geistig auch in der Gegenwart beheimatet sein könnte.

Franz Grillparzer (1791–1872), geboren in der Zeit der französischen Revolution, doch als Wiener vom Österreich Joseph II. geprägt, beeinflusst von Goethes Klassik, aber auch dem noch in Wien lebendigen Barock verhaftet, war eigentlich ein Mensch der Romantik. Als er 1829 „Des Meeres und der Liebe Wellen“ schrieb, war sie im Schwange, dem Ebenmaß der Klassik eine neue Variante gebend, das Gefühl betonend. Grillparzers Stücke atmen fast alle den Geist der Romantik. Die Harmonie in sich, in dieser Welt zu finden, war Ziel ihrer Dichter; aber während sie der „blauen Blume“ nachjagten, geriet die Welt in Spannungen, ein geistiger Umbruch kündigte sich an.

Grillparzers Tragödie, sprachlich eine klassische Kostbarkeit, veranschaulicht das Streben nach dieser Harmonie; doch Resignation ist das Fazit, und Zweifel: Das Dämonische im Leben – hier

die Liebe – ist stärker als das „Glück des stillen Selbstbesitzes“, das Hero, die zur Priesterin geweihte junge Naive, der Welt entsagend, sucht. Nicht wurzelnd in der Weihe Überlieferung ist sie zu diesseitig, um dem Ansturm eines irdischen Schicksals zu widerstehen: Leander, der Jüngling, der die „blaue Blume der Romantik“ suchen ging, fand sie in ihr, der widerstrebend-willig Liebenden. Doch: Liebesglück ohne Dauer. Leander muß sterben, Heros Licht in der Finsternis nicht mehr findend; ihr bricht das Herz; klagend welkt sie dahin. Die Harmonie, um den Preis ihres Lebens, ist wieder hergestellt; die ordnenden Mächte haben die Priesterin vor sich selbst errettet.

Hero (Carmen Renate Köper) und Leander (Walter Riss) waren in Bochum ein etwas ungleiches Paar: sie mit Anstand deklamierend, er ein komplexbeladenes Nervenbündel, nach Liebe lechzend. Brillierend Alfons Lipp, als Leanders wohlgemuter Freund Naukleros; Claus Clausen: „harmonischer“ Tempelherr, statuenhafter „Weihegreis“. In Max Fritzsches hellem Bühnenbild schäkerten verliebte Teenager: die Tempeldienerinnen. Harald Benesch führte Regie, wie's weiland an Hoftheatern Brauch gewesen ist. Biedermeierliche Romantik, dargeboten in einer Zeit, da Marilyn Monroe und Elvis Presley Maßstäbe einer neuen „Romantik“ sind, der des 20. Jahrhunderts.

*

Cocteau „Bacchus“ ist kein modernes Stück und zudem ein Stück, in dem jeder auf seine Weise „gut sein“ will; ein Traktat der Güte also. Das Thema ist geschöpft aus der Reformationszeit, die Handlung basiert auf einem heidnischen Brauch, der einst auch in Deutschlands Weingauen üblich war: Zum Winzerfest wählte man einen „Bacchus“, einen Jüngling, der eine Woche lang ungestraft Herr sein durfte über Leben und Tod in der Stadt. Wahn und Wirklichkeit trugen ihn empor, der um so tiefer stürzen mußte, war seine Herrschaft abgelaufen.

Cocteau setzte seinem „Bacchus“ die Maske eines simulierenden Idioten auf, die erst nach vollzogener Wahl abgeworfen wird. Er entpuppt sich als ein Phantast, der die absolute Güte predigt – und sie auch verwirklichen will, nicht bedenkend, daß reine Güte in gefährliche Torheit ausartet, wird sie konsequente Tat. In einer Zeit, da Luthers Thesen an den Pfeilern der katholischen Kirche rüttelten, mußte alles, was dem Üblichen nicht entsprach, suspekt sein, Ketzerei. „Bacchus“, fast zu prall von Rolf Schult

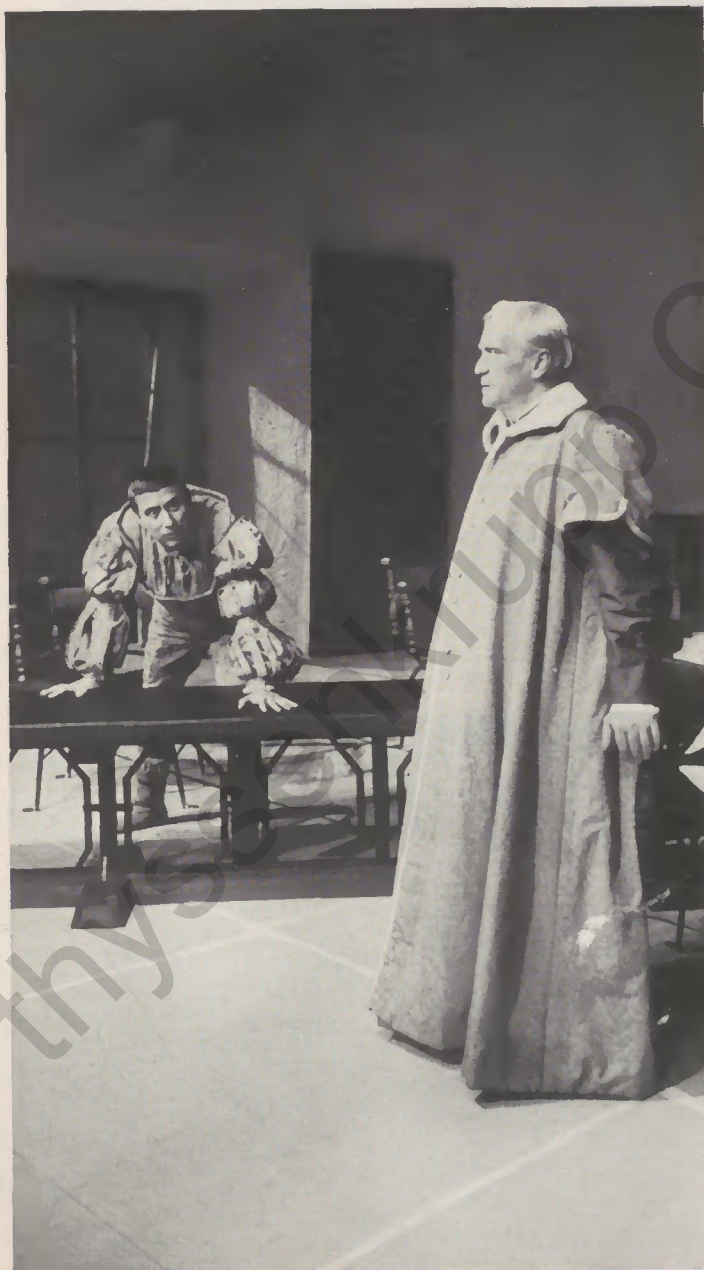
Bewährte Autoren zum Saisonbeginn: Die Bochumer Theaterspielzeit begann mit der betulich-romantischen Einrichtung von „Des Meeres und der Liebe Wellen“ des Spätklassikers Grillparzer. Auch Cocteau „Bacchus“ (Bild rechts) war eine sichere Nummer. George Bernard Shaw bot in seinem „Kapitän Brassbounds Verkehrung“ gepflegtes Boulevard-Theater, dem die Interpretation des Regisseurs entsprach. Dank der Regie wurde Max Frischs „Biedermann und die Brandstifter“ (Bild rechts oben) zu einer mehr heiteren als beklemmenden Parodie auf alle Ängstlichen, die ein Vorüberziehen der Gefahr blind erhoffen. Die „Biedermänner“ im Publikum fühlten sich wohl kaum getroffen



SCHAUSPIELHAUS BOCHUM:

Von Grillparzer bis Cocteau

Das Bochumer Schauspielhaus eröffnete die Spielzeit 1959/60 mit Franz Grillparzers Trauerspiel „Des Meeres und der Liebe Wellen“. Mit diesem Stück präsentierte sich vor vierzig Jahren, am 15. April 1919, das neu gegründete Bochumer Schauspielensemble unter der Leitung und Regie von Saladin Schmitt, dem das Bochumer Theater viel zu verdanken hat. Weiter standen im ersten Drittel der laufenden Spielzeit, über die wir im Abriß berichten werden, Stücke von George Bernard Shaw, Max Frisch, Jean Cocteau und Friedrich Schiller auf dem Spielplan.



dargestellt, gerät in einem Streitgespräch mit dem Kardinal (lächelnd und souverän: Claus Clausen) in Widersprüche, stolpert über seine eigenen Thesen, verrennt sich hoffnungslos, jugendlich verbohrnt. Wohl glaubt der Kirchenfürst an seine hehre Gesinnung, doch sieht er in ihm zugleich den Ketzer, der der Ordnung der Kirche eine eigene entgegensetzen trachtet: Cocteaus „Bacchus“ wird zum Sinnbild einer suchenden Jugend, unklar-verworfen in Logik und Argumentation, wandelnd auf dem Grat der Anarchie. Doch wo soll sie Distanz halten? Wo sich einlassen in die Auseinandersetzung um Dogmen und Denkschematas, von denen sie sich eingekreist fühlt?

Auch die Liebe zu Christine, der heimlichen „Reformierten“, also Ketzerin (von C. R. Körper intensiv ausgespielt), macht Bacchus nicht schwankend, der lieber das Martyrium erdulden als seinen Idealen abschwören will.

Er stirbt durch Lothar, Christines Bruder, der – bleich, in Schwarz gehüllt – ganz versinnbildlichte Askese ist, Eiferer für die Sache der Reformation. Sein Ziel: Den vielleicht doch schwankend werdenden Bacchus dem Zugriff der Kirche zu entziehen. Doch eine „fromme Lüge“ läßt diese dennoch triumphieren: „Der Jüngling hat abgeschworen. Auf die Knie!“ Die Reformation aber lebte weiter...

Askese und Lebensfreude, weißgetünchte Wände und Weinlaubgirlanden teilten das in die Tiefe verlaufende Bühnenbild (Max Fritzsche), das Thema des Stückes aufnehmend. Der Bochumer Intendant Hans Schalla lieferte als Regisseur vorzügliche Maßarbeit.

„Ein Lehrstück ohne Lehre.“ So bezeichnete Max Frisch seine Burleske „Herr Biedermann und die Brandstifter“. Zeitkritisch, aus Stilelementen des altgriechischen Dramas (Chor) und gegenwartsbezogenem Kabarett gemischt, ist es nicht nur ein ergötzlich anzusehendes, sondern auch ein zweifellos moralisierendes Theaterstück: „Blinder als blind ist der Ängstliche, zitternd vor Hoffnung, es sei nicht das Böse ... hoffend das Beste, bis es zu spät ist.“ Eine gelungene Aufführung in den Bochumer Kammerspielen (flott inszeniert von Siems, Bühnenbild Fritzsche), in der die Rollen glücklich verteilt waren: Die Brandstifter (Erich Aberle, Manfred Heidmann) und Peter Probst als Biedermann waren eine artige Gesellschaft. Hans Schlosze und sein Feuerwehrchor nahmen dem Stück allerdings einiges von der doch wohl ernstgemeinten Ironie.

Bleibt noch ein Wort zu sagen über „Kapitän Brassbronds Bekehrung“. Dieses eigentlich ebenfalls moralisierende Stück aus der Feder des großen G. B. Shaw gehört zweifellos nicht zu seinen stärksten Arbeiten. Die sprühenden Dialoge, ironisch funkelnd, spöttisch, und das Tempo, in dem gespielt wurde, trösteten über die etwas abwegige Rahmenhandlung dieses Gesellschaftsstücks hinweg. Ruth Hajek, Erich Aberle und Hans Grimm in den Hauptrollen; Regie: Lossen.

Von Interesse dürften die nächsten Premieren in Bochum sein: Schallas Beitrag zum Schiller-Jahr: „Die Räuber“ sowie die nachgedichtete Moralkomödie „Der Parasit“.



UNFALLSCHUTZ

Hände in Gift gewaschen

Der Umgang mit der Gefahr stumpft das Gefühl für sie ab. Dies ist eine alte Regel. Hin und wieder passiert dann natürlich etwas —, und schuld war in vielen Fällen eben Unvorsichtigkeit. Daß man aber die Gefahr geradezu herausfordert, daß man aus Faulheit, Unvernunft — oder tatsächlich Unkenntnis? — in seinem Verhalten gegen alle Regeln der Arbeitssicherheit verstößt, wie es leider vielfach auf der Henrichshütte anzutreffen ist, spottet jeder Beschreibung.

Wenn man beobachtet, wie manche Mitarbeiter mit dem lebensgefährlichen Entfettungsmittel Trichloräthylen und ähnlich giftigen Waschmitteln hantieren, möchte man am Menschen als einem mit höherer Vernunft begabten Lebewesen leise zweifeln: Ohne Schutzmaske, Schutzhandschuhe oder sonstigem erkennbaren Schutz werden beispielsweise ausgebaute Walzen mit trichlorgetränkten Bürsten spritzig-schwungvoll entfettet. Ja, es gibt Leute, die waschen sich sogar die Hände in den giftigen Fettlösungsmitteln! Selbst verletzte Hände kommen in dies lebensgefährliche Entfettungsbad, wobei der allen Ernstes vorgebrachte Hinweis, „Trichlor“ schade den Wunden nicht, sondern schließe sie vielmehr und bewirke eine rasche Heilung, den Unfallschutz-Leuten die Sprache verschlägt. Es ist ein Wunder, daß bisher noch keine ernsthaften Vergiftungsfälle aufgetreten sind. Aber irgendeiner wird ja wohl den Anfang machen — vielleicht in einem Monat, in einem Jahr, denn „Trichlor“ ist ein schleichendes Gift, dessen verhängnisvolle Auswirkungen erst nach einiger Zeit, dann aber völlig unvermutet, auftreten.

Die Sicherheitsregeln für den Umgang mit Trichloräthylen, Perchloräthylen und Tetrachlorkohlenstoff, die als Löse-, Entfettungs-, Wasch- und Reinigungsmittel (kurz „Tri“ genannt) auf der Hütte Verwendung finden, sind, wie durch Betriebskontrollen leider immer wieder bestätigt wird, zwar als solche bekannt, über ihre Giftigkeit besteht aber offenbar Unkenntnis. Dabei ist vorgeschrieben, daß, wo mit diesen Lösungsmitteln gearbeitet wird, eine Überprüfung der „MAK-Werte“ ($\text{Tri} = 1050 \text{ mg/m}^3 \text{ Luft}$ oder $200 \text{ cm}^3/\text{m}^3 \text{ Luft}$; $\text{Per} = 1350 \text{ mg/m}^3 \text{ Luft}$ oder $200 \text{ cm}^3/\text{m}^3 \text{ Luft}$; $\text{Tetra} = 160 \text{ mg/m}^3 \text{ Luft}$ oder $25 \text{ cm}^3/\text{m}^3 \text{ Luft}$) und die Einhaltung der Schutzmaßnahmen dringend erforderlich ist.

Es gibt sogar „Tri“-Regeln für den Betrieb, darin heißt es:

Jugendliche unter 17 Jahren, kränkliche, nervöse und trisüchtige Belegschaftsmitglieder sowie werdende und stillende Mütter dürfen nicht mit Arbeiten beschäftigt werden, die die Verwendung von „Tri“ erfordern. Alkoholgenuß ist zu unterlassen, Rauchen ist in Räumen, in denen mit „Tri“ gearbeitet wird, verboten, Schutzhandschuhe oder Schutzsalbe sollen zur Verwendung kommen, Kleidung darf nicht mit „Tri“ durchtränkt sein (Todesfolge möglich). Beim Umfüllen Schutzbrille tragen! Überdurchschnittlicher Raumluftwechsel ist zu empfehlen. Trockenzeiten sind einzuhalten. Für gründliche Abführung der „Tri“-Dämpfe ist zu sorgen.

„Tri“ darf nicht mit glühenden Teilen in Berührung kommen (Phosgenbildung!). Es darf nur in verzinkten, geschlossenen Blechbehältern (kein Aluminium) aufbewahrt werden. Gruben und Schächte müssen besonders sorgfältig be- und entlüftet werden. Die Betriebs- und Verhaltensvorschriften müssen jedem mit „Tri“ Beschäftigten bekannt sein. Eine Belehrung darüber ist jährlich vorzunehmen.

Wer dennoch unbelehrbar ist, muß früher oder später mit Vergiftungen rechnen: Bei höherer Konzentration treten narkotische Erscheinungen, dann Atemlähmung, schlagartige tiefe Bewußt-

losigkeit, Sehnervenveränderungen bis zur Erblindung und toxische Leberzellenschädigungen schwerster Art auf.

Erste Hilfe ist möglich, ändert das Krankheitsbild aber nicht: Bei akuter, mit Bewußtlosigkeit verbundener „Tri“-Vergiftung ist der Vergiftete sofort in einen gutdurchlüfteten Raum zu bringen. Die mit „Tri“ verschmutzten Kleidungsstücke sind auszuziehen und aus dem Raum zu entfernen. Der Oberkörper des Verunglückten ist zu entkleiden und in Decken zu hüllen. Der Arzt ist sofort herbeizuholen.

Wenn der Verunglückte nicht atmet, ist die Wiederbelebung von Hand sofort einzuleiten und, wenn möglich, mit Sauerstoffgerät fortzusetzen. Bewußtlosen darf keine Flüssigkeit eingebläst werden, ihre Handflächen und Fußsohlen sind schonend zu bürsten und zu reiben.

Ob wir durch neuartige, gesundheitsunschädliche und mit einem hohen Flammpunkt ausgestattete Kaltentfetter, die gegenwärtig auf den Markt kommen, einen vollwertigen Ersatz für die gefährlichen Chlorwasserstoff-Entfettungsmittel und die hoch feuergefährlichen Reinigungsmittel mit dem Flammpunkt unter 21°C in die Hand bekommen, bleibt abzuwarten.

*

Da wir gerade von Giften sprechen, noch ein Wort zu den Gefahren der Bleivergiftung, die immer noch unterschätzt wird. Auch der unvorsichtige Umgang mit bleihaltigen Stoffen führt zu schweren körperlichen Schäden!

Chronische Erkrankungen, die sich durch Mattigkeit, Appetitlosigkeit, Kopfschmerzen, Verstopfung, graugelbe Gesichtsfarbe, Bleisaum am Zahnfleisch, Bleikolik, Schädigung des Nervensystems und Lähmungserscheinungen äußern, sind die akuten Folgen der Bleivergiftung, die sich durch ein verändertes Blutbild feststellen läßt. Sofortige Behandlung und Arbeitsplatzwechsel sind erste Gegenmaßnahmen.

Wie kommt es zur Bleivergiftung? Wenn Blei bis zur Verdampfung erhitzt und der Bleirauch eingeatmet wird, oder wenn bei der Be- oder Verarbeitung von metallischem Blei größere Mengen flugfähigen Bleistaubs entstehen, aber auch wenn beim Nieten, Schweißen oder Zerschneiden verbleiter oder mit Mennige und anderen Bleifarben gestrichener Bleikonstruktionen Bleidampf oder -staub frei wird; natürlich auch wenn beim Essen und Rauchen Blei in den Mund gelangt, ist Bleivergiftungsgefahr vorhanden. Heimtückischerweise äußert sie sich nicht sofort, sondern tritt erst nach Wochen, Monaten oder Jahren auf.

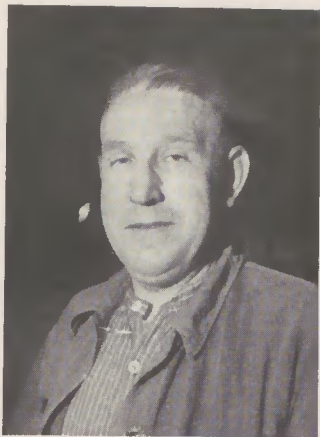
Der oftmals einzige Schutz ist ein Atemschutzgerät (Frischlutgerät und Kolloid-Filtergerät) sowie natürlich Vorsicht und Reinlichkeit.

Lackierer, Anstreicher und Maler müssen, wie die Erfahrung lehrt, in kurzen Zeitabständen immer wieder über die Einhaltung der Verordnung zum Schutz gegen Bleivergiftungen bei Anstricharbeiten belehrt werden.

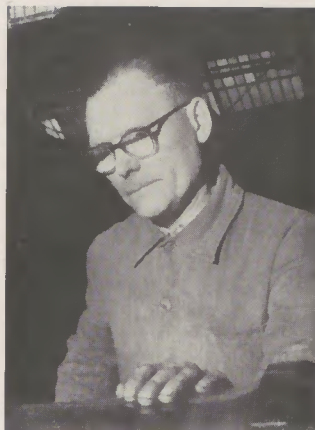
Eine regelmäßige ärztliche Untersuchung und die Führung eines Gesundheitsbuches ist vorgeschrieben. Mitarbeiter unter 18 Jahren und weibliche Arbeitnehmer dürfen nicht mit Arbeiten mit bleihaltigen Stoffen und mit der Entfernung bleihaltiger Anstriche beschäftigt werden. Ausnahmen: Gesellen und Lehrlinge des Malergewerbes, die das 16. Lebensjahr vollendet haben.

So sollte es sein: Das vorschriftsmäßige Hantieren mit einem „Tri“-Entfettungsmittel demonstriert allen leichtsinnigen Mitarbeitern ein Mitarbeiter des Walzwerks, während ein Werkschutzmann die MAK-Werte mißt (oben links), die übrigens eine hohe Anreicherung des Arbeitsbereichs mit „Tri“-Gasen ergab. Sauberkeit und das Tragen von Handschuhen ist das erste Gebot bei Umgang mit bleihaltigen Farben (unten)

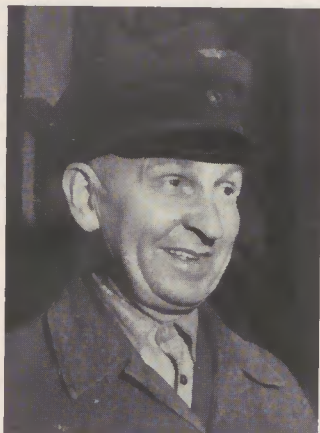




Emil Eickelbeck
Walzmeister
(Walzwerk I)
am 9. August 1959



Heinrich Griese
Schleifer
(Mech. Werkstatt III)
am 13. August 1959



Heinrich Täubig
Vorrangierer
(Werksbahn)
am 16. August 1959



Ewald Hoffmann
Obermeister
(Stahlgießerei)
am 21. September 1959

25 Jahre im Dienst HENRICHSHÜTTE

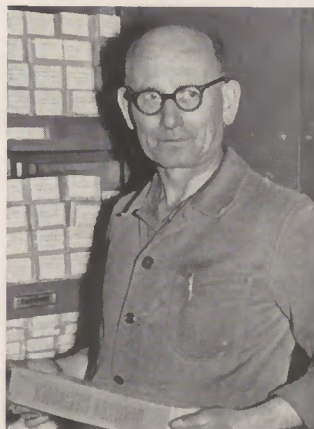
- Ernst Westen**, Kranführer (Stahlwerk),
am 21. Oktober 1959
Paul Rose, Modellschreiner (Stahlform-
schreinerei), am 25. Oktober 1959
Heinrich Dellmann, Kolonnenführer (Eisen-
gießerei), am 26. Oktober 1959
Gustav Freisewinkel, Maurer (Bauabtei-
lung), am 29. Oktober 1959
Heinz Gieselmann, kaufm. Angestellter
(Stahlwerk), am 29. Oktober 1959

ANNENER GUSSSTAHLWERK

- Heinrich Eichholz**, Putzer (Gießerei),
am 6. Juli 1959
Johann Schlott, Elektriker (Elektrowerkst.),
am 13. Juli 1959
Josef Ponicki, Schlosser (Apparatebau),
am 26. Juli 1959
Wilhelm Funk, Meister (Pumpenbau),
am 13. September 1959
Erich Hünneke, Fahrer (Fahrer),
am 20. September 1959
Franz Hesse, Kontrolleur (Kontrolle),
am 20. September 1959
Max Schlitzke, Schlosser (I.- u. R.-Betrieb),
am 20. Oktober 1959

40 Jahre im Dienst

ANNENER GUSSSTAHLWERK



Richard Schlicker
Magazinarbeiter
(Apparatebau)
am 4. September 1959

WERKSARZT

Der heiße Arbeitsplatz!

Der Mensch gehört zu den Lebewesen mit gleichbleibenden Innentemperaturen. Ein Regelmechanismus sorgt dafür, daß ein Gleichgewicht zwischen Wärmeaufnahme und Wärmeabgabe besteht. Es gibt zwar leichte Temperaturschwankungen, die tageszeitlich und auch umgebungs-klimatisch bedingt sind, aber nie wesentlich über ein Grad Celsius hinausgehen. Allgemein bekannt ist die Temperatursteigerung des Körpers im Fieber. Werte bis auf 41 Grad sind keine Seltenheit. Diese erhöhte Körpertemperatur beruht auf Stoffwechselvorgängen, die besonders bei Infektionskrankheiten mit einem erbitterten Abwehrkampf gegenüber eingedrungenen Krankheitserregern verbunden sind.

Der arbeitende Mensch unterliegt bei schwerer körperlicher Tätigkeit, infolge erhöhter Muskeltätigkeit einer Erhöhung der Körpertemperatur, die unter besonderen Bedingungen bis zu 40 Grad erreichen kann. In diesem Augenblick tritt dann ein Wärme-regulationsmechanismus in Kraft, der für die gleichbleibende Innentemperatur sorgt. Durch Schweißabgabe und dadurch bedingte Verdunstungskälte erfolgt eine konstante Rückführung erhöhter Temperaturen auf normale Werte. Ist aber die Schweißabgabe durch zu hohe Temperaturen oder durch zu feuchtes Umgebungsklima behindert, so kommt es zu schweren körperlichen Schäden. Betriebspunkte, deren mittlere Durchschnittstemperaturen höher als die Körper-durchschnittstemperatur von 36 bis 37°C liegen, können als hitzegefährdete Arbeitsplätze bezeichnet werden.

Eine Wärmeaufnahme aus der Umgebung des Arbeitsplatzes erfolgt in erster Linie durch Wärmestrahlung, also etwa glühende Eisenteile, Öfen, kurz alle Produktionsmittel und Produkte mit höheren Temperaturen als unsere Haut. Tritt noch schwere körperliche Arbeit hinzu, so kann die Summe von Wärmeeigenbildung und Wärmeaufnahme durch Wärmestrahlung aber auch Wärmeleitung zu einer erheblichen Gesundheitsgefährdung führen.

In unserem Körper haben sich in erster Linie die Organe des Herz- und Kreislaufsystems mit dem erhöhten Wärmeangebot auseinanderzusetzen. Eine gewisse Gewöhnung an den heißen Arbeitsplatz kann erfolgen, doch ist die Belastung des Kreislaufsystems vom Arzt und auch vom Belegschaftsmitglied selbst zu beachten.

Wie kann man sich gegen Wärmeschäden ausreichend schützen? Der Betrieb kann durch Absicherung von Wärmestrahlungsquellen (Schutzwände, entsprechende technische Konstruktionen und richtige arbeits-klimatische Placierung von Strahlungsquellen) die größte Gefahr herabmindern. Die Wärmeleitung von der Wärmequelle zum wärmeaufnehmenden Belegschaftsmitglied kann durch richtige und zweckentsprechende Schutzkleidung erschwert werden. Für das gefährdete Belegschaftsmitglied muß neben richtiger Arbeitsweise (die von der Arbeitsphysiologie aufgestellten Grundsätze müssen beachtet werden!) auch ein vernünftiges Trinkregime gewährleistet sein, d. h. die durch Schwitzen verlorene Flüssigkeitsmenge und der durch Salzverlust gestörte Salzhaushalt des Körpers müssen durch Zufuhr richtig zusammengesetzter Flüssigkeitsmengen (Tee mit entsprechenden Salzzusätzen) ausgeglichen werden. Herz- und kreislaufgefährdete Belegschaftsmitglieder können sich durch regelmäßige Kontrolluntersuchungen vor körperlichen Schäden bewahren. Bei schweren Herz- und Kreislaufschäden ist eine Umstellung aus dem hitzegefährdeten Arbeitsplatz notwendig.

Dr. med. Gruß, Henrichshütte

Ruhrpumpen für Berliner Stadtentwässerung

(Fortsetzung von Seite 9)

mit einer Tageskapazität von 75 000 cbm Abwasser (bei trockenem Wetter) bis 150 000 cbm (bei Regen). Zwei weitere Klärwerke sind in der Jungfernheide und in Marienfelde projektiert. Ostberlin plant den Bau von vier Klärwerken.

Das Klärwerk Ruhleben, dessen Anlage im Rohbau fertig ist, wird die Abwasser von Charlottenburg (etwa 500 000 Einwohner) sowie Industrieabwasser, das weiteren 150 000 Einwohnern entsprechen würde, aufnehmen.

In den modernen Kläranlagen erfolgt die Reinigung der Abwasser in einem fast industriell zu nennenden Prozeß, bei nur etwa dem hundertsten Teil des Flächenbedarfs eines Rieselfeldes entsprechender Kapazität. Die künstliche biologische Reinigung nach dem sogenannten Schlammbelebungs-Verfahren klärt nicht nur das anfallende Abwasser, sondern ergibt als Nebenprodukte auch Methangas und einen Trockenschlamm, der sich vorzüglich als Düngemittel eignet.

Die einst landwirtschaftlich sehr ergiebigen Rieselfelder haben sich durch die Weiterentwicklung der Entwässerung technisch überlebt, der Boden ist erschöpft. Zudem bilden sie einen gewaltigen Schmutzgürtel, der eine weitere Ausdehnung der Stadt verhindert. Heute ist die fabrikmäßige Aufbereitung und Verwertung der Abwasser Trumpf: Sie ist raumsparend, wirtschaftlich und geruchlos.

Abwasserkanäle. Das ist die Welt des „Dritten Mannes“, das sind – in unserer landläufigen Vorstellung – feuchte, unterirdische Gänge, in denen das Abwasser dampft und blubbert, wo einsame Schritte schrecklich hallen. Die Wirklichkeit ist unromantischer: die großen Abwasserkanäle, gekachelt und betonierte Hauptadern und Seitenarme, in denen das Schmutzwasser träge fließt und sich giftige Gase bilden, sind meist nur verhältnismäßig kurze, sogenannte Hauptsammler und Zusammenführungskanäle, die aber Querschnitte bis zu 4 m erreichen können. Der größte Teil des Kanalisationsnetzes ist aber ein fein verästelt System von zahllosen mittleren, kleineren und kleinsten

Abflußrohren, die schließlich in den Wohnungen und Industriebetrieben enden.

Zwischen die Kanalisationsrohre und die Rieselfelder oder Kläranlagen sind die Pumpwerke geschaltet, die sich stets am tiefsten Punkt eines Abwassergebietes befinden, so daß die ankommenden Schmutzwasser ein natürliches Gefälle (1:200 bis zu 1:3000) ausnutzen können.

Die Pumpwerke, häufig in dichtem Baum- und Buschwerk verträumt dastehende Backsteinbauten der Jahrhundertwende, verraten äußerlich wenig von ihrer Funktion. Auch die sachlich-kühlen Nutzbauten der modernen Pumpwerke, zumeist kaum größer als ein Einfamilienhaus, wirken völlig neutral. Aber in ihren Kellergeschossen bergen sie Pumpen und Antriebs-Aggregate von zum Teil mehreren tausend Pferdestärken. Hier unten befinden sich auch riesige Abwasserbecken, in die die Kanalrohrstutzen des Abwassersystems einmünden. Stunde um Stunde rinnen hier die Abwässer, Lumpen, Küchenabfälle, gelegentlich auch tote Tiere und manches andere mit sich führend.

Müssen in den Pumpwerken alter Bauart noch die Abwässer durch Rechenanlagen, in denen sich die „Abwasserzöpfe“ fangen, zum Teil von Hand vorgereinigt werden, so geschieht dies in den modernen Anlagen maschinell. Immer stärker setzen sich moderne, leistungsfähigere und robustere Pumpen in der Stadtentwässerung durch. In Westberlin werden heute bereits 86 % der anfallenden Abwässer mit Elektropumpen, etwa 2 % mit Dieselpumpen (zumeist als stromunabhängige Reserve) und nur noch 12 % mit Kolben-Dampfpumpen gefördert. Die alten Kesselanlagen erkalten, die neue Technik, raumsparend und kostensenkend bei steigender Leistung, hat sich durchgesetzt. Die riesigen Schwungräder der alten Dampfpumpen – mit bis zu 7 m Durchmesser – stehen still, eines nach dem anderen. Sechzig und mehr Jahre haben sie sich unermüdlich gedreht, aber die Zeit, die technische Entwicklung, hat sie überrollt.

Wir haben die Geschichte der Berliner Stadtentwässerung, die das größte deutsche Entwässerungsgebiet tätig verwaltet, skizziert. Diese Geschichte ist aber gleichzeitig eine Chronik des Pumpenbaus, denn ohne Pumpen wäre die Entwässerung noch immer ein ungelöstes Problem.

UNSERE TOTEN

HENRICHSHÜTTE

Johann Hubo	Pensionär	10. Oktober 1959
Arthur Otto	Schlosser	16. Oktober 1959
Otto Killmann	Pensionär	20. Oktober 1959
Werner Wartenberg	Assistent	20. Oktober 1959
Carl Hinterkeuser	Pensionär	22. Oktober 1959
Heinrich Schmitz	Pensionär	25. Oktober 1959
Rudolf Nachtigall	Pensionär	25. Oktober 1959
Ernst Seidel	Kranführer	30. Oktober 1959

PRESSWERKE BRACKWEDE

Gustav Kramer	Werkmeister	3. Oktober 1959
---------------	-------------	-----------------

VERWALTUNG WITTEN

Franz Sweekhorst sen.	Dir. Verk.-Büro Bayern	7. Oktober 1959
Richard Nagel	Pensionär	15. Oktober 1959
Lothar Dohmann	Einkäufer	16. Oktober 1959

WIR BEWAHREN IHNEN EIN EHRENDES ANDENKEN

HENRICHSHÜTTE

Versammlung der Schwerbeschädigten

Am 9. Oktober hielten die schwerbeschädigten Mitarbeiter der Henrichshütte im Filmsaal der Lehrwerkstatt ihre alle zwei Jahre stattfindende Hauptversammlung ab. 210 Männer, erwerbsgemindert durch Kriegs- oder Arbeitsschäden, trafen sich, um den Tätigkeitsbericht des Schwerbeschädigten-Ausschusses der Henrichshütte entgegenzunehmen. Gustav Nierhauve, seit 1919 der Vertrauensmann der Schwerbeschädigten der Henrichshütte, eröffnete die Versammlung und begrüßte die Kollegen und die geladenen Gäste, unter ihnen Direktor Laermann, Landesverwaltungsrat Krimphove, Regierungsinspektor Lindner, Kreissyndikus Grieger, BR-Vorsitzer Hemb sowie Vertreter der Sozialabteilung und der Abteilung Arbeitszeit und Lohngestaltung. Gustav Nierhauve präsierte zum letztenmal der Versammlung, denn nach Erreichung der Altersgrenze legte er an diesem Tag sein Amt nieder. Die Wahl des neuen Vorsitzenden fiel auf den Kollegen Nölle; als weitere Mitglieder des Schwerbeschädigten-Ausschusses wurden die Kollegen Burgmann, Wimmers und Knorr gewählt. Dank und Anerkennung wurden von allen Anwesenden dem scheidenden Vorsitzenden des Schwerbeschädigten-Ausschusses gezollt. Direktor Laermann richtete an die Schwerbeschädigten herzliche Worte, wobei er betonte, daß die Probleme der Schwerbeschädigten gerade der technischen Werksleitung sehr am Herzen lägen. Es sei jedoch nicht immer leicht, für sie den geeigneten Arbeitsplatz zu finden. Die bisher außerordentlich gute Zusammenarbeit mit

Ernennungen

Henrichshütte (am 1. Oktober 1959)
Günter Kelp (Verkauf Ausland) vom
 Handl.-Bev. zum Prokuristen
Walter Franzen (Sozialbüro)
 vom Handl.-Bev. zum Prokuristen
Verwaltung Witten
 (am 1. Oktober 1959)
Adolf Neumann (Buchhaltung) vom Handl.-
 Bevollmächtigten zum Prokuristen
Hans Joachim Tronick (Steuerabteilung)
 vom Abteilungsleiter zum Handl.-Bev.
Emil Neuhaus (Einkauf-S) vom Sachbear-
 beiter zum Handl.-Bev.

Pensionierungen

Henrichshütte
 (zum 30. September 1959)
Karl Schürstedt, Abteilungsleiter (Betriebs-
 krankenkasse), Invalide
Erich Leidenberger, Vorarbeiter (Hammer-
 werk), Invalide
Paul Witt, Vorarbeiter (Bauabteilung),
 Invalide
Karl Heinzinger, Vorarbeiter (Masch.-Bau),
 Invalide
Henrichshütte
 (zum 31. Oktober 1959)
Rudolf Walter, Waschkauwärter (Eisen-
 gießerei), Erreichung der Altersgrenze
Emil Büchner, Schlosser (Stahlwerk),
 Invalide

Johann Wysoki, Putzer (Kümpelbau), Er-
 reichung der Altersgrenze
Wilhelm Bröckelmann, Elektriker (Elektro-
 Werkstatt), Erreichung der Altersgrenze
Rudolf Lachmann, Pförtner (Werkschutz),
 Invalide
Johannes Meier, Waschkauwärter (Stahl-
 werk), Erreichung der Altersgrenze
Johannes Grönebaum, Kranführer (Walz-
 werk II), Invalide
Friedrich Dittmar, Hintermann (Walz-
 werk I), Erreichung der Altersgrenze
Josef Schröder, Schmelzer (Stahlwerk),
 Invalide
Otto Bruhns, Spänefahrer (Mech. Werk-
 statt I), Erreichung der Altersgrenze
Anton Reddig, Anstreicher (Bauabteilung),
 Invalide
Gustav Nierhauve, Krankenbesucher (Be-
 tribskrankenkasse), Erreichung der
 Altersgrenze
Ida Horbach, H.-Arbeiterin (Lehrwerkstatt),
 Invalide
Wilhelm Mey, Modellschreiner (Modell-
 schreinerei), Invalide
Heinrich Müller, H.-Arbeiter (Stahlgießerei),
 Invalide
Presswerke Brackwede
 (zum 30. Juni 1959)
Wilhelm Brinkmann, Richter (B II), Invalide
 Wir wünschen unseren Pensionären für die
 Zukunft alles Gute.

dem Schwerbeschädigten-Ausschuß und dem
 Arbeitseinsatz werde sich wohl auch in
 Zukunft bewähren. Auch der fürsorglichen
 Unterstützung durch die Betriebskranken-
 kasse wurde gedacht.
 Nach dem Kurzfilm „Sie leben wie du“,
 einer Gemeinschaftsarbeit der Hauptfür-
 sorgstellen und des Landesamtes,
 in dem die nachgehende Fürsorge (Ver-
 sehtensport, betriebliche Hilfsmittel für
 die Schwerbeschädigten u. a.) eindrucks-

voll zum Ausdruck gebracht wurde, er-
 stattete der Kollege Burgmann den Tätig-
 keitsbericht des Schwerbeschädigten-Aus-
 schusses für 1958/59. Danach sind zur Zeit
 auf der Henrichshütte 303 schwerbeschä-
 digte Mitarbeiter beschäftigt.
 An erster Stelle der Ausschußarbeit hat
 in den letzten zwei Jahren das Problem
 der Umbesetzungen gestanden. 67 schwer-
 beschädigte Mitarbeiter wurden auf für sie
 bessere Arbeitsplätze innerhalb des Werkes
 vermittelt; das sind über 100 % mehr als
 in der Berichtszeit 1956/57.

Nach übereinstimmenden Aussagen der
 Betriebschefs und des Betriebsrates sei die
 Arbeitsmoral der schwerbeschädigten Be-
 legschaftsmitglieder genauso gut wie die
 der gesunden Kollegen. Einige — allerdings
 sehr bedauerliche — Ausnahmen dürften
 nicht überbewertet werden.
 Der Ausschuß hat der Werksleitung unter
 anderem vorgeschlagen, bei der Hauptfür-
 sorgestelle in Münster einen Antrag auf
 Anerkennung der Sattlerei als Schwer-
 beschädigtenbetrieb zu stellen. Des weite-
 ren wurde eine Schwerbeschädigtenkartei
 eingerichtet, die sich bereits als sehr nützlich
 erwiesen hat, jedoch noch einer weite-
 ren Ergänzung bedarf. In Zukunft sollen
 auch die Beschädigten mit einer Minderung
 der Erwerbsfähigkeit unter 50 % vom Aus-
 schuß erfaßt werden. Karteimäßige Unter-
 lagen sind darüber noch nicht vorhanden.
 Kreissyndikus Grieger sprach anschließend
 über das Thema: „Schwerbeschädigte
 heute“, und schließlich übernahm BR-Vor-
 sitzer Hemb zu Beginn der Neuwahlen
 die Leitung der Versammlung. Er dankte
 noch einmal dem scheidenden Gustav Nier-
 hauve, auf den wohl ohne Einschränkung
 die Devise der Schwerbeschädigtenbetreu-
 ung zutraf: „Im Dienste des Nächsten
 verzehre ich mich.“



Ehrenvoller Abschied: Kamerad und Kol-
 lege Nierhauve nahm nach 40jähriger
 Tätigkeit als Vertrauensmann der Schwer-
 beschädigten der Henrichshütte Abschied.
 Gustav Nierhauve (links) mit seinem
 Nachfolger im Amt, dem Kollegen Nölle



Unter Dampf gesetzt: Mitte Oktober wurde sang- und klanglos die
 Heizungsanlage des 11geschossigen Ruhrstahl-Wohnhochhauses auf
 dem Gelände Hof Middeldorf erstmalig unter Dampf gesetzt. Die
 Anlage, deren zwei Großkessel von der Rheinstahl Eisenwe-
 Hilden AG erstellt wurden, soll insgesamt 244 Wohnungen — näm-
 lich die des Hochhauses (60 Wohnungen) sowie der vier sieben-
 geschossigen und der drei viergeschossigen Wohnblocks der Ruhr-
 stahl AG — beheizen. Der Koksverbrauch wird auf etwa 600 t
 im Jahr veranschlagt.



Ruhrstahl im Rundfunk: Am 12. Oktober unterhielt sich der Rund-
 funkreporter Buttler vom Westdeutschen Rundfunk mit dem Leiter
 der Neubaubteilung der Henrichshütte, Obergeringieur Remberg,
 über den Zweck der Ruhrverlegung. Der WDR übertrug das
 5-Minuten-Interview am 13. Oktober in der Sendung „Zwischen
 Rhein und Weser“. Unser Foto zeigt den Reporter Buttler (links)
 und Obergeringieur Remberg bei der Unterhaltung. Im Kofferraum
 des Wagens erkennt man das bei solchen Interviews verwendete
 Tonaufnahmegerät.



Ruhrstahl im Fernsehen: Am 15. Oktober besuchte das Fernsehen
 des Westdeutschen Rundfunks zum drittenmal die Großbaustelle
 am Ruhrbogen bei Hattingen, um für ihr Regionalprogramm eine
 Sendung über die Ruhrverlegung aufzunehmen. Diesmal war der
 Anlaß der Durchstich des oberen Erdriegels. Unser Foto zeigt
 einen der beiden geschmückten Bagger bei der für alle Beteiligten
 feierlichen Handlung des Durchstichs um 11.30 MEZ. In der all-
 abendlichen Fernsehsendung „Hier und Heute“ wiederholte sich der
 Vorgang auf den Bildschirmen all jener, die nicht dabei gewesen sind.



foto des monats